

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Oktober 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die längste Spalte; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 119

Was nach Halle nützt für die Gewerkschaften und die Buchdrucker

Der unabhängige Parteitag hat geendet, wie es kommen mußte. Es ist eigentlich noch schlimmer gekommen, als man dachte, denn die Zahl der nach Moskau Marschierenden ist mit 237 Delegierten größer, als zu erwarten stand; es sind während des sechstägigen Trauerspiels noch einige von rechts nach links hinübergewechselt. Das gebundene Mandat hat im allgemeinen aber seine wie immer verhängnisvolle Wirkung gehabt. Es ist so eigentlich nur der formelle Auseinanderfall vollzogen, damit jedoch Tatsache auch geworden, was wir am 7. November 1918 geschrieben: daß der Bolschewismus nach zur Scheidung bei der Unabhängigen Sozialdemokratie führen wird. Das, was jetzt eingetreten ist, bildet nach unserm Urteil kein „Moskau und die Gewerkschaften“ erst recht keine Abspaltung. Aber wir lagen es offen heraus: daß nur 156 Stimmen gegen Moskau zusammenkommen würden, zumal nach dem, was sich die beiden Bolschewisten-Größen Snowjew und Lofowski geflüstelt haben, so geringe eine Schätzung des Intellekts, des politischen Instinkts und der marxistischen Erkenntnis des radikaleren Flügels unter den Unabhängigen denn doch nicht.

Wenn man Silberdingen auf den fern dringende Replik gegen den Oberlebensrituellen Snowjew gelesen hat, dann ist man nur noch geistiger geworden in dem starken Maße, als er selbst es war. Sowjetismus und Leninismus, zwischen planbedachter Fortführung der Revolution und konterrevolutionärem Bolschewismus nach kommunistisch-bolschewistischer Art. Daß die in eine gewisse Rede Longuets eingehende unbedingte Abgabe der französischen Unabhängigen an das Moskauer Evangelium sowie die alle Anklagen gegen die bolschewistische Gewalttätigkeit nur befristenden Ausführungen des aus Rußland gekommenen Menschewitsch Martow — ein Berliner Unterwelt deselben hat noch mehr dazu beigetragen — zu keinerlei Konsequenzen bei der radikalen Mehrheitsführung, zeigt diese nicht allein einem gewissermaßen religiösen Fanatismus verfallen, sondern es ist ein schwerwiegendes Zeugnis für die geistige Antriebe dieser Spezies von Radikalismus. Die Moskauer Diktatoren haben durch die Art und Weise, wie Snowjew in Halle das Veni, Vidi, Vici (er kam, sah und siegte) praktizieren konnte, die Gewißheit erhalten, daß die Eroberung in Deutschland ihnen nicht durch persönliche Ideen oder Unabhängigkeitsfragen lästig werden wird.

Es muß jetzt einmal daran erinnert werden, daß auf dem unabhängigen Parteitag zu Berlin im März 1919 Saale sich weigerte, mit dem als Vorsitzendem hinzugewählten Däumig zusammenzuarbeiten, worauf dieser zurückschritt und Crispian dafür Mitverantwortlich wurde. Saale hat damit Weltbekanntes bekundet. Auch Lenin und Däumig divergierten. Unter Saale wäre jedenfalls im November/Dezember 1919 auf dem Leipziger unabhängigen Parteitag nicht der Anlauf zum Abmarsch nach Moskau geschehen. Das war der erste Schritt zum Verderben für die Unabhängige Partei. Der „Prozess der Zerlegung durch die kommunistischen Kreiszellen im Parteikörper“, den die „Freiheit“ seit zwei Monaten sich vollziehen sah, hat in Wirklichkeit von jenem Parteitag aus begonnen. Kurt Geper hatte ja mit Dr. Levi schon Arrangements vereinbart. Der Parteitag von Leipzig nahm große Zustimmung an, endigte aber mit einer Halbheit, die das Aufkommen von kommunistischen Zellen nur zu schnell im Geolge hatte. Das Diktat von Moskau wäre nicht von solcher Schroffheit gewesen, wenn man dort den Zerlegungsprozess nicht zu gut gekannt haben würde. Auch Snowjews Auftreten in Halle und das seines Blattes Lofowski der gar kein eigentlicher Gewerkschaftler ist, sondern ein Literat, hätte auch nicht so anmaßenden Charakter haben können, wenn diesen bolschewistischen Sendboten nicht schon bekannt gewesen wäre, daß die Linksunabhängigen lieber dem Kapitalismus die beste Gründung liefern, damit sie nur weiter in ihrem Phrasenmeer schwimmen können.

Wir haben in der letzten Zeit so manchen Vorgang gehabt, von dem die Aktien der Kapitalmagnaten ganz unterschiedlich berührt worden sind: Die von den Linksen Kommunisten bei diesem oder jenem Anlaß in die Welt gelegten Solgebühren der „politischen Arbeiterkräfte“ haben ihnen nur ein Nüchtern abgerungen. Der Generalfreik in Württemberg war ihnen ein Verwehrt und eine für sie günstige Vorprobe zu größeren Ausstrahlungen der in Dummheiten geradezu unerlöschlichen pulschistischen Taktik. Von dem Machtkampf im Berliner Zeitungsgewerbe werden sie dagegen eine starke Abkühlung empfangen haben. Der Betriebsrätekongress in Berlin ließ sie ebenfalls aufhorchen, weil es gelang, die Gewerkschaftsfront durch die Einreihung der Betriebsräte noch zu vertiefen, während Richard Müller, Däumig usw. mit ihrer wie immer mit nicht wählbaren Mitteln betriebenen selbständigen, den Gewerkschaften übergeordneten Betriebsräteorganisation unter ihrer bolschewistisch-kommunistisch-konkussionären Direktion unterlagen. Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel hat sie jedenfalls erkennen lassen, daß man es dort darauf anlegte, nicht viele Pferde vor einen Wagen zu spannen, sondern daß sie alle in einer Richtung ziehen, und daß diese Richtung ohne auseinanderstrebende Interessen gegen sie geht. Der Unabhängigen Debatte in Halle aber hat ihnen auf lange Zeit das Gleichgewicht vollständig wiedergegeben! Selbst die um Essen sich zusammenziehenden Sozialistengesellschaften werden von den großen Bergwerksherrn des Sinnes, Thynns, Sugenberg, Janus usw. nach dem Parteitag in Halle nur nicht mehr mit so sorgsamem Augen betrachtet werden. Die Reaktionen aller Schattierungen aber schauen schmunzelnd drein, wie sich die Arbeiter solchermaßen selbst lahmlegen. Denn, das ist mit allem Nachdruck zu sagen, die Folgen von Halle werden erst richtig in die Erscheinung treten lassen, wie die von den Russen bewußt betriebene Spaltung der Unabhängigen und die von diesen wenigstens zu einem Teile mehr unbewußt (allerdings auch unaußersichtbar geworden) vollführte Mahnsinnstaktik für die deutsche Arbeiterkraft zu belegen hat. Überall, wo der bolschewistische Basillus sich ablagern kann, geht es mit der unflinigen Spalterei los, und nur in wenigen Ländern zeigen sich die Arbeiter gerettet genug, den skrupellosen Gewalttätigern zu widerstehen. Das Ende wird aber überall — Ungarn und München sind nur kleine Anfangsbeispiele — ein andres sein wie in Rußland, wo 600000 Bolschewisten über 100 Millionen Einwohner die Gehel des Terrorismus schwingen. Martow hat darüber ergreifende Schilderungen in Halle gegeben, und der Appell der Moskauer Buchdrucker gegen die Gewalttätigkeit der Bolschewiki ist auch erschütternd.

Aber Moskau und die Gewerkschaften ist im „Korr.“ zum mindesten genügend geschrieben worden. Aber Moskau und die Buchdrucker unterrichtet der nachfolgende Artikel so anschaulich, daß auch der oppositionellste unter unsern Kollegen, wenn er nicht ganz den gefunden Menschenverstand und das in warmer Solidarität schlagende Arbeiterherz verloren hat, nunmehr positiv erfüllt, was als traurigste Wahrheit anzusehen ist. Halle und die Gewerkschaften aber könnte noch ein großes Schandkapitel abgeben, da der unabhängige Parteitag in der Gewerkschaftsfrage damit seinen tiefsten Punkt erreichte und am vierten Tage dadurch tatsächlich unter schwerem Tumult auseinandergetrieben wurde, um am andern Tag in Fortsetzung von Lofowski von neuem damit insulsiert zu werden. Die Tatsache ist festzuhalten, daß die Linke nicht etwa diese Beschimpfungskanone auf die Gewerkschaften eröffnete bzw. ausführte, sondern Snowjew und Lofowski unter unerbörtem Mißbrauche des Gastrechts ihr ihnen von den Obermoskauern empfangenes Mandat ausübten. Tatsache ist aber andererseits, daß die nach Moskau Abmarschierenden die Stiefelklederei soweit trieben, gegen die nun kräftig aufbegehrenden Gewerkschaftsführer Dähmann usw. Stellung zu nehmen, unterließ dabei von der radikalen Galerie, anstatt die beiden Russen gehörig in die Schranken zu weisen. Dabei sind die meisten von der Linken doch selbst Gewerkschaftler! Silberding, der mit Crispian am entschiedensten

gegen die infame Behandlung der Gewerkschaftsinternationalen und der Gewerkschaftsführer auftrat, hat den deutschen Moskowlern sehr hübsch eine kleine Lektion über die eigene Scham beigebracht, und den beiden bolschewistischen Abgeländten wurde von ihm gut bedeutet, daß die Russen sich doch bei der Gewerkschaftsinternationalen zu bedanken hätten für die von ihr gegen das kriegerische Polen und die unterstützende Entente ergriffenen Maßnahmen, deren Ausübung zu einem großen Teil in den Händen von deutschen Gewerkschaftlern liegt. Wenn die „gelbe Internationale“ in allen Variationen (Krieg, Legion, der Franzose Soubaug, „Agenten des Kapitals“ gleichwertig mit der ganzen Rechte „Agenten der Bourgeoisie“ genannt wurden von den höllischen Gästen aus Rußland, so ist das eine bewußte schwere Verleumdung, die nicht nur auf die beiden Beleidiger zurückfällt, sondern auf das bolschewistische System überhaupt. Jedoch kommt man fast in Zweifel, ob die Fliegerei von Herrn Snowjew: „Gewiß sind die Weltgardisten, die Mannen von der Orgeß, keine sehr angenehmen Leute, aber ich behaupte, diese sind nicht so gefährlich wie die Leute von der gelben Gewerkschaft“, was gravierenderweise für die Charakter- und Geistesverfassung der Linken stürmischen Wellen bei ihr land, noch auf das Konto der „russischen Methoden“ zu setzen ist, oder ob der Redner sich damit nur selbst übertraf. Nach dem Auftreten der Russen in Halle gerade in der Gewerkschaftsfrage kann man nur noch mehr der „Bergarbeiterzeitung“ beipflichten, die (siehe untre Nr. 110) den „neuen moskowschischen Zirkismus“ mit seiner „beispiellosen Unverschämtheit“ und seinem „größtenwahnwitzigen Machtwort“ als relokutesten abgewiesen hat.

Von dem Moskauer Gewerkschaftsevangelium haben unsere Leser auch aus dem „Korr.“ einige Hauptkloppern genossen und werden sich fast sämtlich mit dem berlinerischen „Ich danke!“ abgefunden haben. Lenin, der Oberpriester der bolschewistischen Lehre, hat in seiner Schrift „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, aber noch ein übriges getan zur Unterweisung, wie man, um mit Lofowski zu reden, die Gewerkschaften nicht zerstört, sondern sie nach bolschewistischer Methode „erobert“. Eine äußerst bezeichnende Stelle bei Lenin lautet:

Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar Gift, Schläubel, illegale Methoden, Verdrückung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.

Danach, mit solchen unsauberen Mitteln, wird auch gegenüber den deutschen Gewerkschaften verfahren werden! Däumig hat in der Sondertagung der nach Moskau Abmarschierenden schon angekündigt, daß man mit der Gewerkschaftsbureaunkräfte in Konflikt geraten werde, d. h. mit den Gewerkschaften selbst, denn die sogenannte Gewerkschaftsbureaunkräfte ist ja nicht so etwas Allmächtiges, wie es die souverän schallende Bolschewistenbureaunkräfte ist. Kurt Geper und andre haben auf der Bahnsahrt von Halle nach Berlin sich schon angelegentlich unterhalten, wie man an die Gewerkschaften „herantreten“ wird. Die Gewerkschaften werden also in welchem Maße das Objekt der kommenden Eroberungskämpfe bilden. Da ergibt sich denn ohne weiteres, daß die Gewerkschaften die kommunistischen Zellen sich nicht so entwickeln lassen dürfen, wie es die Unabhängige Partei in ihrer Politik der Halbheiten getan hat zum eignen Verderben. Man wird diesem Treiben nötigenfalls auch mit russischen Methoden entgegenzutreten müssen. Ganz so gewalttätig, wie die Russen es belieben, braucht das ja nicht zu geschehen. Wenn die Masse der Gewerkschaftler aber besser auf dem Damm ist und nicht jeder Prole nachläßt, nicht auf jede Pulschaktik hereinfällt und sich bewußt ist, daß nicht die Solidarität mit Moskau, sondern mit der sozialistischen Arbeiterkraft das Erforderliche des Tages ist, dann wird schon viel gewonnen sein. Darüber sollte sich jeder klar sein, daß der Kampf um die Gewerkschaften nach Halle in ein neues und vielleicht ernsteres Stadium tritt!

Die rechte Unabhängige Partei hat sich in einem großen Manifest an das deutsche Proletariat gewandt und

darin unter faktischen Spitzern gegen die „Rechtssozialisten“, den „Opportunismus rechts“ und den „Bankrott des Rechtssozialismus“ auch ihre Stellungnahme zu den Gewerkschaften behandelte. Sie kann es dabei nicht unterlassen, nach ihrem Märzprogramm von 1919 sozialgenetische Direktion zu erteilen, wie die Gewerkschaften sich einzustellen haben auf den Kampf um die ökonomische Macht der Arbeiterklasse. Wir meinen, die Rechtsunabhängigen hätten gerade genugsam erlebt, wie die Sünden von früher jetzt gegen sie aufgestanden sind; sie sollten deshalb den Gewerkschaften es selbst überlassen, ihre Taktik zu ändern oder nach dem Maß ihrer Bewährung beizubehalten. Es ist aber zu begrüßen, daß die Rechtsunabhängigen „jede Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaften auf nationaler oder internationaler Basis“ mit aller Entschiedenheit abweisen. Wir sind der Ansicht, daß eine in Zukunft klare Abhebung von „stumpfen Pulschern“ und von „konfusen sozialistischen und anparlamentarischen Parolen“ schon viel nützen wird, und halten deshalb die Erklärung: „Wir lehnen es aber ab, die Arbeiterklasse mit lässlich wechselnden Parolen in neue Putsch hineinzuhängen und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerfüllbare Illusionen zu wecken“, für einen Fortschritt zum gemeinsamen Handeln im Interesse des deutschen Proletariats. Jedoch können wir ein Über dabei nicht unterdrücken, denn weil damit gerechnet werden muß, daß von Halle aus eine noch kurzfristige Radikalisierung der Arbeiterklasse versucht werden wird, muß von einem Konkurrenzrennen mit den Kommunisten mit den Neukommunisten um die Gunst der Arbeiterklasse von vornherein abgesehen werden, sonst sänge es nur weiter auf der schiefen Ebene. Die Verleugnung von Karl Kautsky nach dem lebenden besten Interpreten von Karl Marx ist jedenfalls ein trauriger Beweis, wozu es geht mit den Südbrennenden durch die noch radikalere Elemente. Das einzige Wort von Sinowjew, das man als einigermassen wahr unterstellen kann: „Der Krieg hat den Sozialismus 50 Jahre früher gebracht, darum befinden wir uns jetzt in so furchtbaren Lage“, kann und muß in seinen Konsequenzen den Massen nähergebracht werden, indem ihnen klargemacht wird, daß sich nicht ganze Entwicklungsperioden mit einem bolschewistischen Luftsprung erledigen lassen, wenn es selbstverständlich auch nicht danach geben darf und wird, wann das Unternehmertum des Sellstler des Sozialisten kommen zu leben beliebt.

Für uns Buchdrucker werden nach Halle auch Schwierigkeiten kommen. Nicht in organisatorischer Hinsicht, denn von kommunistischen Zellen wird unser Verband nicht „gleich“ überhandnehmen werden, außerdem würde eine solche Schwächung der ja die übergroße Mehrheit zur Abwehr auf die Dämme rufen. Und überdies: der zweite große, herabgewandene Ausschrei (den ersten liebt in Nr. 18 vom Jahre 1918) unserer Moskauer Kollegen wird etwaiges agitatorisches Treiben der Alt- und Neukommunisten in unsern Reihen abprallen lassen. Es ist etwas anders, was für uns nähertritt. Nach unsern Darlegungen über die unbedingte Pressefreiheit aus Anlaß des Überlebens Falles brauchen wir wohl nicht zu befürchten, daß etwaige Ausfälle nach der schweren Art von Sinowjew und Losowski in den Blättern der nach Moskau Marchierenden gegen die Gewerkschafts- oder Buchdruckerführer oder die Organisationen selbst mit Zensureingriffen der beschäftigten Buchdrucker geahndet werden. Wenn das eine Dauererscheinung werden sollte, kann man aber schwerlich jemand zumuten, sich immer dazu herzugeben; solche Blätter müßten dann eben sehen, ob sie die erforderlichen Elemente fänden, die ihren schwerwiegenden Beladungen ständig zur Verbreitung verhelfen. Das wäre aber nur für den schlimmsten Fall in Betracht zu ziehen und könnte nicht der eigenmächtigen Entscheidung überlassen bleiben. Da der russische Rubel jetzt stark herumschwanken wird in Deutschland — Losowski soll ja sehr viel mitgebracht haben —, so werden neue Blätter und neue Druckereten von den Linksradikalen gegründet werden. Gemäß unsern deutschen Verhältnissen, denen sich die Moskauer anpassen haben, darf auch darin das Arbeitsverhältnis nicht von der politischen Gesinnung oder einer bestimmten Organisationszugehörigkeit abhängig gemacht werden. Eine ganz unerfreuliche Erscheinung werden die unausbleiblichen Druckeraneignungen werden. In Stuttgart, Hannover, Halle ist es damit losgegangen; die Druckerei der „Freiheit“ in Berlin steht unter Bewachung, und eine Betriebsversammlung hat eine öffentliche Erklärung gegen Anzeigen von der einen oder anderen Seite ergeben lassen. Es ist ganz selbstverständlich für uns Kollegen, daß sie nicht in den Streik um das Bestrecht eingreifen haben. Werden ihre Rechte als Angestellte dabei geschmälert, so haben sie sich an ihre Organisationsstellung zu wenden. Der traurige Braunschweiger Fall von 1918 darf sich nicht wiederholen, die politische Gesinnungsfähigkeit darf also nicht der Solidarität mit den eigenen Kollegen vorangestellt werden. Wir wünschen sehr, daß die Folgen von Halle nicht zu Reibungen mit den Buchdruckern führen; kommt es doch dazu, dann muß zu beweisen sein, daß nur die Anwesenheit der nach Moskau Umarmierten dazu geführt hat, womit sie gerechtfertigt wären.

Wir eruchen noch alle Arbeiterblätter, auch die des Auslandes, von dem schandbaren Akt gegen die Moskauer Buchdrucker (siehe den nachfolgenden Artikel) ihren besten Kenntnis zu geben und mit uns von den russischen Gewalttätigkeiten zu fordern, daß sie das Koalitionsrecht und die Meinungsfreiheit zu respektieren haben, wie es in allen zivilisierten Ländern schon aus Achtung vor der Arbeiterbewegung geschieht, auch wenn sie bürgerlich-kapitalistische Regierungen haben. Also Freigabe und Straffreiheit der Inhaftierten sowie Wiedergabe ihrer Organisations!

Silberding wählte auf der Sonderberatung der Rechten in Halle eine eigenartige Parallele, indem er von der eigenen Richtung und von den Kommunisten sagte: „Wir leben von der aufgehenden Vernunft und jene, sie sterben an der absterbenden Dummheit“. Ob das Trauerspiel von Halle wirklich diesen letzten Ausgang nehmen wird? Warten wir es ab und hüten wir das einzige, was die deutschen Arbeiter noch intakt erhalten haben (dank der Toleranz der „Reformsozialisten“), die Gewerkschaften vor dem Hineinziehen in diesen Klärungsprozeß, der leicht mit dem Untergang des einen Teiles abschließen kann. Wo die Vernunft noch eine Stätte hat, wird die Rettung sein.

Aufruf der Moskauer Buchdrucker an das internationale Proletariat

Die in Nr. 110 mitgeteilten Tatsachen über schlimme Verfolgungen der Moskauer Buchdrucker durch die bolschewistische Machthaber finden jetzt völlige Bestätigung durch einen Aufruf unserer Moskauer Kollegen an das internationale Proletariat, der in Nr. 117 ganz richtig als eine Antwort auf die mit Gewalt erzwungene Sympathieerklärung für den Bolschewismus von der Redaktion ausgelegt worden ist. Der zur Beurteilung des russischen Gewerkschaftslebens äußerst wichtige Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft war die letzte gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, welche treu den Prinzipien der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung eine selbständige Klassenorganisation geblieben ist.

Die Buchdrucker-Gewerkschaft verteidigte die Grundsätze der Selbständigkeit, weil eine Gewerkschaftsorganisation sich den Regierungsorganen weder unterwerfen noch sich in ihnen auflösen kann, solange das Privatigentum nicht abgeschafft ist, solange der Staat der größte, wenn nicht der einzige Unternehmer ist, solange der Verkauf und der Kauf der Arbeitskraft noch vollständig erhalten ist. All diese Bedingungen sind das Bestehen der Gewerkschaftsorganisationen, die unabhängig und frei von jedwem Druck anderer Klassen sind, unabhängig.

Die ganze Praxis der Sowjetregierung im Bereiche der Arbeiterpolitik bildet ein klassisches Beispiel für die Richtigkeit dieses Standpunktes. Die Buchdrucker-Gewerkschaft von Moskau glaube, daß es notwendig sei, einen Ideenkampf in den Reihen des Proletariats gegen die Angehörigen zu führen, die von der herrschenden Partei auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung begangen werden. Wegen dieser Haltung, wegen dieses prinzipiellen Kampfes lassen die Kommunisten die Buchdrucker in einer Weise, die sogar ihren Haß gegen die Bourgeoisie und die Grundbesitzer übersteigt.

Die Kommunisten reichen eine Hand den Spitzen der Gegenrevolution, wie es die früheren zaristischen Generäle Gurov und Brullov sind, und mit der andern Hand unterdrücken, verfolgen sie mit jeglicher Art von außerordentlichen Befehlen die Sozialisten! Mit aller Wucht wird eine Gruppe von Proletariern niedergebunden, deren einziges „Verbrechen“ darin besteht, daß sie die Freiheit hatten, anders zu denken als die herrschende Partei.

Die „Freiheit“ dieser Gruppe der Proletarier erreichte für die Herren der Lage einen unerträglichen Grad, als die Vertreter der englischen Arbeiter in Rußland erschienen waren, und als die Buchdrucker eine allgemeine Mitgliederversammlung veranstalteten, in welcher keine Lobesgedänge zu Ehren der kommunistischen Partei angestellt, sondern die reine Wahrheit über die Wirklichkeit in Sowjetrußland zur allgemeinen Kenntnisnahme gebracht wurde. Die Kommunisten, durch diese Versammlung aufs äußerste aufgebracht, begannen die Buchdrucker zu verfolgen. Vor keiner Lüge und keiner Verleumdung schiedten sie zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Dieses Ziel bestand in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung, um eine strenge Züchtigung der Buchdrucker-Gewerkschaft vorzubereiten. Es war nicht schwierig für die Kommunisten, diese Züchtigung durchzuführen, weil die Drucker, ebenso wie alle Arbeiter Rußlands, der Möglichkeit beraubt sind, etwas den Kommunisten Möglichen zu drucken. Der Genosse Jacharoff, der die Resolution der allgemeinen Mitgliederversammlung, an der die englischen Genossen teilgenommen hatten, gedruckt haben soll, wurde verhaftet. Dem Gewerkschaftskomitee hat man verboten, das Stenogramm der Versammlung zu veröffentlichen. Die freien Gewerkschaften wurden ihrer Organe und ihrer Zeitschriften beraubt.

Die Kommunisten beschloßen, die Buchdrucker streng zu bestrafen. Die herrschende Partei würde in einer Verurteilung, in der beide Seiten — die Kommunisten

und auch die Sozialisten der Opposition — sich frei hätten aussprechen können, zweifellos eine Niederlage erlitten haben. Das ist die Ursache, weshalb die Kommunisten gezwungen waren, zur Methode der fieslichen Versammlungen zu greifen, an denen die verschiedensten Institutionen teilnahmen, die das Proletariat vertreten wollen. Doch eine wahre Vertretung der Arbeiterklasse besteht in Rußland schon seit langem nicht! Auf diesen Versammlungen wurde gegen die Moskauer Drucker losgegangen. Die auf solchem Weg organisierte „Allgemeine Konferenz der Petersburger Buchdrucker“ hat „einnützig“ eine „niederstimmende“ Resolution gegen die Moskauer Drucker angenommen. Der Wert der „Einnützigkeit“ dieser von den obersten Behörden veranstalteten Konferenzen, auf welchen unter Bedrohung mit den furchtlichsten Repressalien die Vertreter der proletarischen Opposition der Möglichkeit beraubt sind, die Wahrheit zu sagen, ist einem jeden russischen Arbeiter gut bekannt. Um ihr Ziel ganz und gar zu erreichen, begannen die Regierungsblätter, gegen die Buchdrucker-Gewerkschaft die unbegründete und böswillige Beschuldigung zu erheben, die Buchdrucker versuchten, die Arbeiter zum Streik aufzurufen. Indessen waren es gerade die Buchdrucker, die dank ihrer festen und soliden Organisation viel weniger gestreift hatten als alle andern Gruppen der Arbeiter in Rußland. Die Arbeiter der andern Industriezweige wurden hingegen vor Verzweiflung zu zahlreichen Streiks veranlaßt, die für Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr schädlich gewesen sind. Sie wurden dazu getrieben durch ihre trostlose Lage. Dasselbe geschah auch bei den Massen der Moskauer Buchdrucker, aber dieser Bewegung wurde durch das Eingreifen der Gewerkschaftsorganisation halt gemacht. Singsen waren es die Staatsorgane (der Moskauer Werksratsrat), die die Arbeiter stets zu schwächen und zu reizen verstanden. Sie beschäftigten sich mit den Angelegenheiten rein formell, sie vernachlässigten in verbrecherischer Weise die Lebensmittelversorgung und die Tariffrage der Drucker, die in ihrem Glend die äußerste Grenze der Geduld erreicht haben. Also ist es klar, das es sicherlich nicht die Verwaltungszentrale der Buchdrucker-Gewerkschaft war, die die Streiks provozierte.

Während annähernd eines Monats bearbeiteten die Kommunisten mit Hilfe ihres Monopols die öffentliche Meinung. Sie logen und verleumdete ohne Scham. Endlich verhafteten sie in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni alle Mitglieder der Verwaltungszentrale der Gewerkschaft und alle diejenigen, die verantwortungsvolle Posten in der Gewerkschaft innehatten, mit Ausnahme von denjenigen, die noch Zeit hatten, sich zu verbergen. Am Morgen des 18. Juni (1. Juli nach unserm Kalender, Red.) wurden die Räume der Gewerkschaft von bewaffneten Regierungssoldaten besetzt und alle diejenigen, die aus irgend welchem Grunde den Kommunisten mißfallen hatten, wurden verhaftet. Gleichzeitig wurden Sausuchungen in mehreren Privatwohnungen der Angestellten der Gewerkschaft vorgenommen. Dieser neue Gewaltakt gegen die Arbeiterklasse hatte eine heftige Erbitterung unter den Moskauer Buchdruckern hervorgerufen. Sie wählten sehr gut, daß die Verwaltungszentrale der verfolgten Buchdrucker-Gewerkschaft nicht nur ein Vollzugsorgan der Mitglieder der Gewerkschaft ist, sondern daß sie die wahre Vertretung der Drucker ist, weil sie, im Gegensatz zu andern Gewerkschaften und Regierungsinstituten, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt worden war.

Ein Teil der Arbeiter hatte die Arbeit niedergelegt und verlangte die Befreiung der Verhafteten. Die herrschende Partei griff darauf zu einem Mittel gegen die streikenden Arbeiter, wie es die Bourgeoisie aller Länder niemals wagen würde, zu greifen. Die Streikenden wurden der Lebensmittelversorgung beraubt; eine Maßnahme, welche unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen die grauamteste und unschuldigste bedeutet, die hätte ergriffen werden können. Gleichzeitig wurde die Verhaftung der Kollegen vorgenommen, die zum Streik aufgefordert hatten.

Diese beiden Maßnahmen erreichten ihr Ziel: Die Streikenden mußten wieder zur Arbeit und unter dem Druck der Maßnahmen wurden die Arbeiter gezwungen, für eine Resolution zu stimmen, in der der früheren Zentralverwaltung das Mißtrauen (wörtlich: „die Verachtung“) ausgesprochen wird. Aber der Haß der Moskauer Buchdrucker gegen die Urheber dieser schändlichen Behandlung hat sich dadurch selbstverständlich nicht vermindert; im Gegenteil, er wächst mit jedem Tage.

Die streikenden Buchdrucker wenden sich an die internationale Arbeiterbewegung und erklären: Sie sind zusammengebrochen unter dem Druck der rohen physischen Macht und ihnen ist nur eins geblieben: auf die moralische Macht der internationalen Arbeiterbewegung zu hoffen. Die streikenden Drucker erklären, daß das Recht auf ihre Seite war und nicht auf der Seite der Kommunisten. Sie erklären, daß die neue Zentralverwaltung ihrer Gewerkschaft, welche ihnen mit Gewalt aufgezwungen wurde, keinen Einfluß und kein Ansehen bei ihnen besitzt, daß im Gegenteil alle ihre Sympathien, alle ihre Liebe auf Seite derer ist, die im Gefängnis sitzen, auf Seite der alten Führer ihrer Gewerkschaft!

Die bolschewistische Regierung wird vielleicht einen Prozeß inszenieren auf die Art des kleineren Ritualprozesses Beilis, welcher zur Zaristenzeit ein so gewaltiges Aufsehen

herangerufen hat. Aber die einzigen Richter können zur Zeit nur die Moskauer Buchdrucker selbst und die internationalen sozialistische Arbeiterklasse sein. Ein Urteil der kommunistischen Partei würde das Urteil der infernerlichen Seite sein, welche sich die Rolle anmaßt, Richter seiner politischen Gegner zu sein. Aber die Bolschewisten begreifen nicht einmal das! Um so schlimmer für sie.

Sedoch die sozialistische Arbeiterinternationale wird das begreifen. Die Moskauer Buchdrucker und die ganze Arbeiterklasse Rußlands glaubt daran!

Die Mitglieder des Verwaltungsrats der Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft, gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechts.

Wir würden den Eindruck dieses Aufrufs nur abschwächen, wollten wir ihn noch mit irgendwelchen Bemerkungen versehen. Allen Kollegen, die sich auf dem Wege nach Moskau befinden sollten, ist dringend zu raten, den Aufruf aufmerksam zu lesen, vielleicht werden sie dann doch die Fahrt aufgeben. Die Moskauer legale Organisation ist die größte der regionalen Buchdruckerverbände in Rußland. Den bolschewistischen Terroristen ist sie ein schwerer Dorn im Auge, weil sie mit den selbstständig denkenden Buchdruckern nicht umspringen können wie mit den andern Arbeitergruppen. Seit fast drei Jahren geht der Kampf. Jetzt hat man zu Mitteln gegriffen, die in Deutschland in wilhelminischer Zeit gar nicht denkbar gewesen wären, und die selbst das zaristische Regiment für Rußland nicht schlimmer in Anwendung gebracht hat. Die Unterschrift soll besagen, daß der abgesetzte Verwaltungsrat von dem Vertrauen der Mitglieder durch Wahl berufen worden ist, während die neue bolschewistische Zwangsorganisation den Linkskommunisten Bucharin zum Oberbefehlshaber hat.

Während Pofowski und Sinowjew hier in Deutschland hohe Töne über die kommunistische Hellschleiere reden, scheut man sich in Moskau nicht, eine ganze Arbeitergruppe kaltblütig förmlich verbrennen zu lassen. Fürwahr, höher kann man wohl den Terror nicht treiben!

V. K.

Nach dem Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe

Solidarität haben und drüben

In Nr. 116 des „Korr.“ hat Kollege Schliebs unter dieser Überschrift eine Frage aufgeworfen, in deren Beantwortung er sich in einen gewissen Gegensatz zur Zeitung der von dem Streik und der Ausperrung betroffenen Zeitungsgewerkschaft stellt. Kollege Schliebs hat seinen Artikel mit „Mammi“ gedeckt und das war gut. Denn der lautere Charakter unres Kollegen Schliebs schützt ihn vor solchen Schlussfolgerungen. Die Redaktion hat mit Recht dies vorausgesehen und dem Artikel einen eignen Artikel angehängt und dort mit aller Deutlichkeit den rechtlichen Standpunkt der von der Ausperrung betroffenen Berliner Kollegen vertreten.

Als Betriebsrat einer Zeitungsdrukkerie, in welcher sich „der Nachkampf im Nürnberger Zeitungsgewerbe“ im Juli 1919 unter den gleichen Voraussetzungen abspielte — nur kam es nicht zur Ausperrung —, möchte auch ich einige Worte zu dem Begriffe „Solidarität“ sagen. Der Rechtsstandpunkt ist ganz und gar auf Seite der Berliner Kollegen, wie er 1919 auch auf Seite der Nürnberger Zeitungskollegen war. Hier wie dort traten die kaufmännischen Angestellten in den Buchdruckereien wegen Lohnforderungen in den Streik. Die Buchdrucker arbeiteten ruhig weiter, als die Chefs und ihre Verwandten die Anzeigen annahmen. Nur als „fremde Personen“ die Arbeit der Streikenden verrichteten, wogerten sich die Kollegen, derartig angenehme Anzeigen zu verarbeiten. Auf Befehle der Nürnberger Prinzipale kam sowohl von Berlin als auch von München an uns ein kalter Wassertraktat. „Solidarität begrenzt“, lautete a. B. ein Münchner Telegramm; also genau der falsche Gedankengang, wie wir ihn jetzt vom Kollegen Schliebs lesen können.

Dann kam die Tarifausschüßfung im August, die die bekannte Änderung zu Seite 85 unres Tarifs brachte. Diktatorische Gehilfenstimmen sagten damals, daß mit dieser Änderung ein Teil Mittelalter endlich aus unserm Tarif verschwunden sei, denn früher sei der Buchdrucker dem deutschen Soldaten gleichgestellt gewesen. Zuerst die Strale abhaken und dann beschweren. Hier, Kollege Schliebs, ist der springende Punkt, der uns trennt! Hier liegt nach meiner Ansicht der Fall der Tarifverletzung seitens der Berliner Prinzipalität einwandfrei vor. Sobald sich die Berliner Kollegen weigerten, eine Arbeit auszuführen, die nach Ansicht „ihres Vertrauensmanns“ (so steht es wortwörtlich jetzt im Tarif) tarifwidrig ist, mußten die ober der Prinzipale sofort das Tarifschlichtsgericht anrufen. Die Berliner Zeitungsvorleger bzw. Prinzipale taten dies nicht und handelten dadurch tarifwidrig. Mit helnem Worte läßt sich im jetzt gültigen Tarif nachweisen, daß die Gehilfen die „von fremden Leuten“ angenommenen Anzeigen verarbeiten und dann erst zum Tarifschlichtsgericht laufen müssen. Das hat Kollege Schliebs übersehen und dadurch fällt ein Teil seiner Schlussfolgerungen zusammen.

Die Gehilfen übten die Solidarität. Prinzipale erklärten sich mit den bestreikten Firmen solidarisch und verkerten aus; was das nicht schon Überbannung der Solidarität? Werperse Solidarität dagegen ist es, wenn tagelänglich Marmaristeln in Zeitungen draußen im Reich

über den Zeitungstreik in Berlin standen. An unserm wirtschaftlichen Tiefstand ist angeblich nur — und sonst niemand — der Arbeiter schuld. Faulheit, hohe Löhne, Vergnügungsheuche, das kennzeichnet den Arbeiter. (Vom hohen Gehalt und der Arbeitsunlust des Arbeitenden liest man dagegen nie etwas.) Unre 300 Milliardenbesitzte können nur durch die Arbeit vermindert werden, so liest man täglich. Erhöhung der Arbeitszeit! (Auch das kann — oder vielmehr richtiger gesagt, will — man die Arbeiter nicht einmal acht Stunden voll beschäftigen.) Der „Steuerabgabe“ der Arbeiter steht die „Steuerzahlungsfreiheit“ der andern Seite (siehe Reichsnotopfer, Kapitalflucht, Bilanzverfehlungen) würdig gegenüber. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so kieftraurig wäre. Dies muß in einem Gewerkschaftsblatte des öfteren festgelegt werden.

In den Nummern 115 und 116 ist eine Darstellung des Berliner Zeitungskampfes gegeben worden. Daraus möchte ich eines herausgreifen und dies auch als Antwort auf den Artikel „Solidarität“ aufgefagt wissen. Es ist mehrmals die Rede von den „Serren Syndicat“. Auch in Nürnberg gab und gibt es noch einen solchen. Das Wort „Syndikat der Arbeitgeber“ möchte ich ins Deutsche übersetzen: es ist die personalisierte Verhöhrung der Solidarität der Arbeitgeber. Gibt es irgendwo wilde Streiks oder kommunistische Lohnpulle (bei Buchdruckern kommen derartige wilde Streiks dank ihrer starken Organisation nicht vor —, auch Bremen war aus andern Umlage vorgegangen), so bringt dies „die Solidarität der Arbeitgeber“ gefreulich allen angefallenen Arbeitgebern zur Kenntnis, und bei Unhöflichkeit im Buchdruckergewerbe glauben dann unse Prinzipale, daß die Buchdrucker nur Streiken wollen aus Faulheit oder aus Vergnügen am Streik. Den berühmten Lohn „abbau“ will man bei den Buchdruckern am besten einführen. Und warum gerade bei uns Buchdruckern? Weil wir — wir dürfen dies ohne Selbstüberhebung sagen — durch unse langjährige Tarifpolitik zu arbeitsfreudigen und vom Verantwortlichkeitsgefühl befeelten Arbeitern gehören. Als Beweis führe ich nur eines, und zwar das Schwerwiegendste an: die Nichtkündigung des Tarifs im November 1918. Nur unser Verband hätte seine Macht damals nicht zum Schaden des Gewerbes aus. Und zum Danke werfen die Herren Syndicat die Buchdrucker mit kommunistischen Lohnkämpfern in einen Topf.

Die Nr. 115 zeigt uns den Dank vom Hause Sabesburg. Wer die dort abgedruckten Prinzipalenträge liest, wird in dem Glauben befestigt, daß „gewisse Kräfte“ die beste Waffe der Prinzipale, die sie durch die Tarifgemeinschaft haben, zu Falle bringen wollen. Gewiß, die Tarifgemeinschaft bringt Vorteile für beide Vertragsparteien, aber wer von unsern Kollegen einmal in einer Versammlung der Betriebsräte war und die Betriebsräte der andern Gewerkschaften reden, und fangeln gehört und gesehen hat, der wird bald zur Überzeugung kommen, daß das Scheitern der Tarifgemeinschaft für unse Prinzipale von größerem Schaden als für die Gehilfenschaft wäre. Nicht nur die buchdruckerlichen Betriebsräte, sondern auch die Mehrzahl unrer Kollegen ist dank der Erzlegungsarbeit des Verbandes, bedingt durch die Tarifgemeinschaft, von größerer Arbeitsfreudigkeit durchdrungen und vom Verantwortlichkeitsgefühl befeelt. Und durch dieses darf uns „der Nachkampf im Berliner Zeitungskampfe“ nur weiter anspornen, Solidarität im Sinne der Berliner Kollegen zu üben. Dies muß unser Standpunkt als tariffreie Verbandsmittglieder sein.

Nürnberg.

Wilhelm Kolb.

Aus dem Wespenneste!

Wenn Kollege Schliebs zur Berliner Zeitungsbewegung Stellung nahm und in seiner Eigenschaft als Tarifgemeinschaftsbeamter insoweit irgendwelches tarifliche Angelegenheit aus einer oder beiden Seiten der Vertragsschließenden vermutet, so war es sein gutes Recht und seine Pflicht, dies zu bemängeln, ohne daß man ihm einen Strich daraus zu drehen berechtigt ist. Auf seinen Artikel „Solidarität“ hat ihn aber der „Korr.“ schon in der notwendigen Weise entgegen, so daß nicht mehr viel dazu zu sagen ist. Nur kurz meine Anschauung hierzu.

Als die Berliner Zeitungsgewerkschaft ihre Forderungen einreichten, hatten die Buchdrucker nur Beobachtung zu befolgen, ebenso bei dem abzulehnen Standpunkte der Unternehmer und auch noch bei Einstellung von Aufnehmern. Aber nun kommt der Punkt, wo die Buchdrucker direkt in die Bewegung gezogen wurden, und zwar: Ausführung verwerflicher Handlungen. Daß die Forderung der Prinzipale, die Buchdrucker sollten unrechtlige Arbeit leisten, gegen Anstand und gute Sitte verstoßen, mußten sie wissen und wissen es auch. Hier wäre es nun ihre Pflicht gewesen, erst beim Tarifamt anzufragen. Inwieweit sie berechtigt sind, mit einem derartigen Anstehen an die Gehilfenschaft heranzutreten. Dies taten sie aber nicht, sondern begingen Tarifverstoß und wollten auf Grund ihrer eingebildeten Machtbefugnisse die Gehilfenschaft zwingen, unrechtlige Arbeit zu leisten. Selbstverständlich war es Pflicht der Gehilfen, bei diesem von solcher Bestimmung geführten Schläge gegen das ethische Empfinden der Notwehr Gebrauch zu machen und sofort dagegen Stellung zu nehmen. Dabei kommt die Solidarität oder Abersolidarität erst in zweiter Linie in Frage. Hierauf begingen die betreffenden Prinzipale den zweiten, größeren Tarifverstoß, sie sperrten die Gehilfen widerrechtlich aus.

Dresden.

J. Dufschmann.

Ein Weg!

Wir streiken uns zu Tode oder werden zu Tode gestreikt. Diese Tatsache hämmert sich dem nüchtern Denken den täglich mehr ins Gehirn. Es gibt sozialistische Parteiführer, zu denen ich in erster Linie die Redakteure zähle, welche aus Prinzip jedem Arbeiterstreik sympathisch gegenübersehen. Nun gibt es aber auch Sympathisanten, die denen direkt die breite Masse die Last der Forderungen durch Steuern zu tragen hat, z. B. bei Gemeinde- und Staatsarbeiterstreiks. In diesem Falle mag es manchmal „Führer“ nicht immer gebeuer im Wufen sein. Sintermalen es doch ein krasser Widerwille wäre, wenn man einer großen Arbeiterschicht, deren Lohnhöhe sich, angenommen, im Durchschnitt auf 250 Mk. hält, klarmachen wollte, daß einer sich im Streik befindlichen Arbeiterkategorie, welche, angenommen, 350 Mk. als Minimum fordert, diese Forderung unbedingt bewilligt werden müßte; und wenn man noch dazu darauf hinweisen müßte, daß die stark Minderentlohneten die Lasten für die höher Entlohneten auf sich zu nehmen hätten. Die Arbeiter, welche eine für die Gesamtheit lebenswichtige Arbeitsstelle innehaben, haben es natürlicherweise viel leichter, ihre Forderungen durchzubringen als solche, welche in einer weniger wichtigen oder gar Luxusindustrie beschäftigt sind. Und nun erst das Verhältnis des Privatarbeiters zum Staatsbeamten! Bei einem großen Teile der letzteren steht die geistige und technische Qualifikation in gar keinem Verhältnis zu ihrem „Dünkel“, welcher resultiert aus der Pensionsberechtigung. Und wer bezahlt die Pensionsgelder? Wo ist die nichtstaatliche Arbeiterchaft pensionsberechtigt?

Warum ich dieses alles hier im „Korr.“ aufrolle? Weil sich mein Gerechtigkeitsinn gegen vorstehende Tatsachen auflehnen muß. Da aber die Klärung und Zerpfaltung innerhalb der sozialistischen Parteien noch „nicht weit genug“ gediehen ist, um die für die Arbeiterchaft notwendige Aktion durchzuführen, so wäre den Gewerkschaftsführern eine dankbare Gelegenheit geboten, zu beweisen durch die Tat, daß die Zertrümmerung der Gewerkschaften blöder Anstalt ist. Mit der bisher geübten Quacksalberlei kann es nicht weitergehen. Während der eine Teil streikt, wird der andre Teil in Mitleidenschaft gezogen. Auch muß der gesunde Solbarkitätsgedanke unbedingt Schlußbruch leiden hinsichtlich der zu großen Gehaltsunterschiede innerhalb der Gesamtarbeiterchaft. Wenn wir zur Ruhe kommen wollen, können wir nicht umhin, das Problem eines Reichsgrundlohnens auszubauen. Damit wäre zugleich eine gewichtige Einrichtung für den sozialistischen Zukunftsstaat geschaffen. Auch muß darauf hingearbeitet werden, in puncto Altersversorgung zwischen Privat- und Staatsarbeitern Gleichheit zu schaffen. Die Masse zur Durchdringung dieser und anderer Arbeiterforderungen ist vorhanden. Noch haben die Gewerkschaften die Macht. Man rühre sich, ehe es zu spät ist. Wir brauchen Kräfte mit dem Willen zur Tat!

Leipzig.

L. v. d. Seit.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Dresden. Die gutbesuchte Versammlung vom 15. September nahm den Bericht von der Gausvorsteherkonferenz entgegen. Gausvorsteher Freitag ging in anderthalbstündigen Ausführungen auf alle Tagesordnungspunkte der wichtigen Konferenz ein. Besonders ausführlich behandelte er die Arbeitslosen- und die Beibringsfrage. Redner schloß seinen beifällig aufgenommenen Bericht mit der Aufforderung zu voller Einigkeit, die alle Widerstände überwinden werde. Kollege Schroeder besprach die neue Beitragserhöhung und die Verdopplung der Arbeitslosenunterstützung in ihrer Auswirkung auf den Dresdener Beitrag, der im ganzen weiterhin 7 Mk. betragen werde. Der Vertrag des Dresdener Sonderbeitrags für die Arbeitslosen komme nunmehr aber erst monatlich zur Verteilung. Kollege Giebler begrüßte, daß die Konferenz in ihren Beschlüssen endlich der Zellströmung Rechnung trage, bedauert aber, daß die jetzige Steuerungsanlage nicht erhöht wurde. Wir müßten uns ständig rühnen, um unse sowieso mäßigen Forderungen durchzubringen. Die Opposition bilde in diesem Sinne das feste Rückgrat des Verbandes. Aus diesem Grunde müsse ihr gewisse Bewegungsfreiheit zugebilligt werden. Kollege Trmscher klärte über die Tarifbewegung der Schriftsetzer auf. Kollege Bräuer würdigte an Hand der vertraulichen Rückblicke der Unternehmer-Gewerkschaft die Schwierigkeiten, die dem Abschluß eines neuen Tarifs entgegenstehen. Dem stellte Kollege Lehmann unse Geschlossenheit gegenüber; für gründliche Besserung unrer Lage treten gewiß alle Mitglieder (nicht nur die oppositionellen) ein, so daß wir eine besonders organisierte Opposition schon der Einigkeit wegen nicht brauchen. Kollege Müller wünschte u. a., daß nicht nur die Arbeiter die Lasten der Arbeitslosigkeit tragen, sondern auch die Unternehmer, überhaupt die Allgemeinheit. Die Kollegen Gieppner und Fengerler ließen sich über unse Abwehrmaßnahmen aus. Im Schlußwort ging Kollege Freitag aufklärend auf die Ausführungen der Vordredner ein und rief besonders der Opposition zu weiser Mäßigung. Unter „Verbandsangelegenheiten“ berichtete Kollege Lehmann über die letzte Sitzung des Gruppischen Kartells. Auf Antrag der Buchbinder wurde dort zu den Versammlungen unrer Arbeitslosen Stellung genommen und gegen die von den Unternehmern vorgelegte Arbeitsordnung scharfer Einspruch erhoben. Ein besonderer graphischer Ausblick wurde mit den Unternehmern über eine zeitgemäße Arbeitsordnung verhandelt. Kollege Wendische machte dann noch Mitteilung über

Mahnungen des Kartells und der Arbeiterparteien gegen die Feinerung. Nach kurzen Mitteilungen lokaler Natur folgte Stille Freitag die Verlammlung.

Bl. München. (Ortsverein.) Die Vereinsfähigkeit im September erstreckte sich auf zwei Verlammlungen und eine Zebrlingsabend. In der Verlammlung am 16. September wurden nach der üblichen Eröhrung eines vorstorbenden Kollegen ein Neu- und eine Wiederaufnahme vollzogen und verschiedene wichtige Mitteilungen zur Kenntnis genommen. In längerer Ausprache wurde hierauf zu dem von einer kombinirten Eröhrung der Gewerkschaftsdelegierten, vorstehende, Sachfrage und Vertretern der Parteien mit 113 gegen 110 Stimmen beschlossenen zweifelhändigen Profokoll aus Anlass der Verhaltung des kommunizistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger Stellung genommen. Es kamen alle Eventualitäten, die sich aus der Durchführung oder Nichtdurchführung dieses von verschiedenen Seiten als unhaltbar bezeichneten Beschlusses ergeben könnten, zur Eröhrung. Im Hinblick auf Vorkommnisse in andern Städten und Ländern wurde auch vor solchen Experimenten in der Zehtzeit gewarnt. Aber auch die verkehrte Politik der Regierung wurde verurteilt und betont, daß dadurch immer neue Beunruhigung in die Arbeiterkassat getragen werde, wogegen man sich wenden müsse. — Die Verlammlung am 24. September gedachte eines verstorbenen Kollegen, nahm das Resultat der Wahl zum Betriebsrätekonkret zur Kenntnis, schloß einen Kollegen wegen verschiedener Verletzungen aus und vollzog die Neuwahl zweier Kollegen als Gewerbegerichtsbesitzer und eine Ergänzungswahl für die Revisoren. In auf zusammengefaßtem, mit Beispielen aus der Praxis ergänztem Vortrag erläuterte der Geschäftsführer der Zehtzeitsredaktion, Herr Hans Wagner, die hauptsächlich in Frage kommenden Paragraphen des Betriebsrätegesetzes und die einschlägigen Verordnungen. Er hob dabei hervor, daß für die Arbeiterkassat mit Hilfe des Gesetzes erreicht werden könne, wenn sich die Betriebsräte das nötige Wissen aneignen und die Arbeiterkassat ihre Vertreter in ihren Maßnahmen unterstützen. Dann gab unser Geschlechtsvertreter Hemmerich einen ausführlichen Bericht über die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und deren Vorarbeit für die Neugestaltung des Kartells. In der anschließenden kurzen Ausprache wurden verschiedene Wünsche zum Ausdruck gebracht, die berücksichtigt werden sollen, aber auch betont, daß die bereits bekannt-

gewordenen Verschlechterungen der Prinzipale entschieden abgelehrt werden müssen. — Mit einem in allen Zeilen gefallenen Zebrlingsabend am 27. September, an dem sich alle Zebrlinge, teils mit Angehörigen, teilnahmen, wurde die Gründung der Zebrlingsabteilung vollzogen. Männerchöre des Buchdruckerzebrlingsvereins eröffneten und schloßen die Veranstaltung, deren Mittelpunkt eine Ansprache war, in der die Zebrlinge mit dem Werden der Organisation und den Zielen der Zebrlingsabteilung befaßigt gemacht wurden. Verschiedene Kollegen trugen durch Zither-, Nieder- und Violinvorträge sowie Rezitationen zum guten Willigen bei.

Münster. Am 23. Oktober, abends 7 Uhr, feiert unser Ortsverein sein 55. Stiftungsfest, verbunden mit der Eröhrung der Kollegen H. Wieggers zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum und A. Claes anläßlich seines 50jährigen Berufsjubiläums.

Nürnberg. Einen besseren Besuch als die vorausgegangen wies die Verlammlung vom 15. September auf. In derselben referierte unser Vorsitzender Beischmidt über die Gewerkschaftskonferenz. Seine Ausführungen fanden ungeheuren Beifall. Aber die gegenwärtige Wirtschaftslage und die vom hiesigen Gewerkschaftskartell in die Wege geleitete Aktion zu einem gemeinsamen Vorgehen in ganz Deutschland in dieser Angelegenheit berichtete kurz Kollege Vater; ebenso über den bevorstehenden Betriebsrätekonkret. In die Zebrlingsabteilung sowie in die Zebrlingsabteilung wurden von der Verlammlung je drei Kollegen gewählt. Zur Gewährung von Schlafmarken an reisende Kollegen nahm die Verlammlung ebenfalls Stellung und beschloß deren Einführung einstimmig, trotz geltend gemachter Bedenken, daß Nürnberg und München die am stärksten besuchten Zahlstellen seien.

Ostau. Dem Drängen der jetzigen Zeit nach engerem Zusammenhange folgend, wurde in der Verlammlung am 18. September auch hier ein Ortsverein gegründet. Vom Bezirksvorort Breslau waren Bezirksvorsitzender Sporn und Bezirkskassierer Hofmeister erschienen. Zum Vorsitzenden und Kassierer wurde Kollege Bruno Hein gewählt. Der junge Verein zählt zwölf Mitglieder. Sämtliche am Orte beschäftigten Kollegen sind Verbandsmitglieder. Möge dem jungen Verein eine recht erprobliche Wirksamkeit beschieden sein!

Berchiederene Eingänge
„Protokoll der Verhandlungen des zehnten Verbandstages des Verbandes der Sehtzeiter, Malierer und Zebrungsgenossen Deutschlands in Bresden vom 7. bis 13. März 1920.“ Preis 6 Mk. Nr. 1. ausgeber: Hauptvorstand des Verbandes, Berlin N.
„Die Woche.“ Exklusivverlag des Verbands. Herausgeber: von Parvus, Nr. 25-27, 6. Jahrgang, 1. Band, Nummer 1, 50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten
S. 5. In Mainz: Befen Dank für die humorvolle Illustration. Sie stellt allerdings eine höfliche Schlussfolgerung aus der Schrift: „London oder Moskau“ dar. Nur auf dem Grunde des geliebten Menschenverstandes vermag die russische „Freiheit“ noch zu triumphieren. — W. D. in B. Sch.: 1. Es ist naturgemäß immer unangenehm, wenn jemand einen Brief wegen ungenügender Korrekturen zurücksendet, da wir aber zu häufig Einzelporto beibringen müssen, läßt unsre Geschäftsstelle nichts mehr da. 2. Es ist unverständlich, was von dem betreffenden Kollegen gegen den „Morr.“ gesagt worden ist; mancher hat sich eben, um zu kritisieren. — S. 2. in B.: Bei dem immer noch sehr großen Andränge mußten wir die Eingehenden nicht nur strenger auf die Anforderungen an Saublichkeit und Sachdienlichkeit prüfen, sondern auch hinsichtlich ihrer Notwendigkeit. Es ist jetzt schon gewiß, daß weniger aktuelle Sachen in diesem Jahre nicht mehr zur Veröffentlichung gebracht werden können, weil schon viel dieser Art mit zum Teil recht altem Datum vorliegt. Deshalb können solche Themathe, wie Sie es mehr unter ärztlichem Gesichtspunkte behandeln wollen, von vornherein ausschließen. — G. C. in Stuttgart: 8,50 Mk.

Verlammlungskalender
Berlin. Maschinenmeißerverlammlung Donnerstag, den 21. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dömlingstraße 2.
Magdeburg. Verlammlung Freitag, den 22. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Aula der Luisenschule, Eingang Breiter Weg 199/200.
München. B. Verlammlung Sonnabend, den 23. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftslocale „Schulgarten“, Paulsauer Straße.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Bekanntmachung
Kreis XI. Gehilfenwahl. Gehilfenkreisvertreter: Gustav Reinke, Stuttgart, Turnerstraße 10 I; stellvertretender Gehilfenkreisvertreter: Karl Juhl, Stuttgart.
Berlin, 18. Oktober 1920.
J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.
(Stern eine Zeilage.)

Achtung! Berlin!
Dienstag, den 26. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Neuen Welt“, Kasernenstraße:
Volksinfoniekonzert
ausgeführt vom verstärkten Bläser-Orchester (70 Künstler). Leitung: Walter Winnig. Solist: Rudolf Laubenthal vom Deutschen Opernhaus. Programm: Beethoven-Mozart-Wagner.
Eintrittskarten zum Vorzugspreis von 3,50 Mk. (Kassenpreis 4,50 Mk.) auf der Verwaltung zu haben. [355]
Maschinenseher! Prinzipale!
Keine Gasnot mehr an der Linotype!
Durch das neue Verfahren, d. Schmelzschmelzbehandlung dauerndes Verb. d. schmelz. Gasdruck! Anhebung in 20-25 Min. ohne Betriebsst. v. Seher selbst ausführbar. Voll. kostentl. da keine Ersatzteile nötig. Sich. Erprob. Verlässl., ausl. Anw. geg. Voreinführung v. 10 Mk. verl. A. Deuringer, Erlr., Paulinenstr. 37 III. [344]
Zur Zeit der Gasnot für jeden Maschinenseher unentbehrlich!

Maschinenmeißer
für Sehtzeiter-Flachdruckrollen, der auch ladeloße Autotypie- und Farbendruck liefert, ges. u. d. l. Bei zufriedenstellender Leistung Lebensstellung. [338]
J. A. G. Wagner'sche Buchdruckerei, Neustadt (Orla).

Monotypiegeher
selbständig arbeitend, gewissenhaft und langjährig bewährt, für bald ges. u. d. l. Zuschriften unter Nr. 353 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger Seher
In allen Schahoren bewandert, der auch im Maschinenaal ausstellen kann, such! sofort Stellung. Egal wohin! [360]
W. Menzel, Neustadt (Ober), Friedrichstraße 60 III.

Junger Seher
in all. Schahoren bewand., such! sof. Stell. Egal wohin! Off. erb. an H. Hoffmann, Neustadt (Ober), Lindenstraße 3. [361]

Züchtiger Seher
27 Jahre, lebzig, such! sofort Stellung. Egal wohin! [358]
A. Des, Oberbach i. Baden.

Sehtzeiter Linotypeseher
20 Jahre alt, mit 2½-jähriger Praxis, guter Maschinenpfeleger, mit Mehrmagazin besten vertraut, such! baldigst Stellung. Angebote unter Nr. 362 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zwei junge Typographseher
perfekt in allen Modellen, in ungeheurer Stellung, suchen eine Anstellung. Gleich wohin! Merle Angebote unter P. R., Münster-Altstadt i. M., Eibe, Straße 43, b. Münster. [367]

Maschinenmeißer
vertraut mit vierfacher Frankenhäler Rotation sowie mit Schnell- und Regel-Druckpresse, such! Stellung. Offerten an [363]
Hans Köhler, Warel i. D., Elmbrückenweg 48.

Schweizerdegen
wünscht sich zu verändern. Respektiert auch durchaus selbständige Stellung. Gleich! Angebote unter K. 489 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Galvanoplastiker und Stereotypseher
such! Stellung. Egal wohin!
Werde Offerten unter Nr. 364 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

„Jungbuchdrucker“
Über die Bezahlung des „J.-B.“ herrscht höchst viel Unklarheit. Seit Bechluss der Generalversammlung des V. d. D. B. in Nürnberg haben alle dem Verband angehörenden Zebrlinge den „J.-B.“ gratis zu erhalten. Die örtlichen Zebrlingsorganisationen leisten die Zahlung und haben mit dem Verlag abzurechnen. Bezugspreis für ein Zebrlingsheft 90 Pf. Alle Abgehenden sind auf Postfachkonto 52287 Leipzig, Verlag der „Typographischen Mitteilungen“, zu entrichten.

Typographseher!
Gummischläuche zur Wasserführung. Franz Müllig, Stuttgart-Walzberg.

Maschinenband
Friedensquallität, liefern [349]
Seuzer & Mann, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmuckkassen, Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Straße 7-10.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Kaufmännische Organisation
der Buchdruckerzeiter (Buchführung, Preisberechnung). Gesammelte Fachlehrbücher im Gr. u. Ph. Verlag St. Siegel, München, Altmühlstraße 1. — Katalog 50 Pf.

Werkzeuge-Drucker
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.).
Polstschonho 53/430.

Am 15. Oktober verstarb nach schwerer Krankheit unser langjährigster Mitglied, der **Paul Juchacz**.
Oskar Fröhlich
aus Gersdorf i. S., im Alter von 55 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Mitgliedschaft Stiel.

Am Dienstag, dem 12. Oktober, verstarb infolge Anginalschlages unser lieber Kollege, der **Maschinenseher** [363]

Otto Brodnow
im Alter von 39 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Verein Stehtliner Buchdrucker-Setzler Maschinenseher-Verlammlung.

Nach langer Ungewissheit erheilen wir endlich die traurige Botschaft, daß unser Kollege, der **Seher** [355]

Max Frank
aus Arnstadt, 30 Jahre alt, im Jahre 1918 ein Opfer des Völkermordes geworden ist.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Bezirks- und Ortsverein Erfurt.

Am 13. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser liches Mitglied, der **Schritzeher** [357]

Ernst Gröning
im 57. Lebensjahre. [357]
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Ortsverein Memel.
Bei Arbeitsmarkt- sowie anderen Angelegenheiten wollen Interessenten den Zebrungsstellen des Zebrungsstellen-Verbands beizutreten; bei Zebrungen unter einer Mark Zebrungsstellen, hiesig Stadtnote 4. Geschäftsstelle des „Morr.“

Richter & Schaffernicht
Sohannitsgasse 10 Leipzig Königsstraße 5
Fernsprecher Nr. 7683. Telegrammadresse: Gleitmaschine.
Ersatzteile-Fabrik für Sehtzeitermaschinen
Auslieferung aller / Gummehaut und Maschinenbau für das graphische Gewerbe. Gründliche Reparaturarbeiten aller Sehtzeitermaschinen sowie spezialer Wartungen usw.
Sämtliche Reparaturen. Unterhaltung von Gleitformen, Einlaßstücken, Anstichplatten, Spaltstücken, Goshernen, Epochen, Blechen, Rollen, Zentrierrollen, Gutschoden usw.
Aufarbeitung von Monotypieinstrumenten. Autogen-Schweißerei.
Gewissenhafte Ausführung von Montagen und Anzügen; Stützen teilweise verfügbar. Kauf und Verkauf von gebrauchten Maschinen. Spezialmonteur jederzeit zur Verfügung.

Zwei tüchtige Linotypeseher (Polen) hiesig [356]
fünf tüchtige Schriftseher (Polen). Verlag „Der Sehtzeiter“, Leipzig, Gutschodenstr. 46.

Typographseher
für Novos (Altkonze) bei hohem Lohne verlanst. Interessenten wollen sich melden bei „Gef.“, Altbau, Altg. Anzeigen-Ges., Berlin W 33, Kurfürstend. 46.
Einzahlungen an den „Korrespondenz-Verzeichnis-Buchdrucker“ auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung

Alle noch so wohlgemeinten Versuche, das Elend der Arbeitslosigkeit durch materielle Unterstützung der Arbeitslosen zu mildern, treffen das Übel nicht an der Wurzel. Sie belassen nicht nur den durch die privatkapitalistische Verflechtung teils willkürlich, teils natürlich geschwächten Produktionsprozess, sondern lassen auch die kulturelle Schichtenfrage der beruflichen oder gewerblichen Entwurzelung der Arbeitslosen gänzlich unberührt. Die Notwendigkeit, von Unterstützungsgeldern oder Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln sein und seiner nächsten Angehörigen Dasein stiften zu müssen, stellt gerade für die noch etwas auf Menschenwürde haltenden Arbeitslosen eine starke seelische Bedrückung dar, die früher oder später auch den besten Charakter zermürbt, gleichwie stillstehende materielle Produktionsmittel rosten oder entwerten. Wird daher nicht so bald wie möglich mit andern und durchgreifenderen Mitteln als bisher der Arbeitslosigkeit zu Leibe gerückt, so werden sich sowohl Staat wie Gesellschaft vor soziale Verwilderungen gestellt sehen, die nur noch durch Ziegen oder Brechen zu einer Lösung führen.

Es fehlt zwar nicht an Versuchen, das Problem der Arbeitslosigkeit von einer andern Seite als dem der materiellen Unterstützung zu lösen. Die sogenannte produktive Erwerbslosigkeitsfrage durch das Reich oder andre Behörden durch sogenannte Rossbandsarbeiten oder materielle Befruchtung einzelner Industriezweige aus öffentlichen Mitteln können hierzu gezählt werden. Aber auch sie sind nicht frei von moralischen Schattenseiten, dienen außerdem nur einzelnen Gruppen oder besonders dazu geeigneten Arbeitskräften. Vor allen Dingen fehlt diesen Abwehrmitteln das Grundprinzip vernünftiger Wirtschaft. Der doppelte Charakter aller fremden Hilfe im Gegensatz zu vernünftiger und wohlorganisierte Selbsthilfe bezeugt alle solche Hilfsmittel mit dem Odium eines Palliativ und schwächt letzten Endes die eigene schöpferische Kraft und den selbstbewußten Willen zum Kampf um ein höheres Dasein.

In den dunklen Drohungen unentwirrlich denkender Köpfe zur alsbaldigen „Selbsthilfe“, so wie sie sie auflassen, schimmernd zweifellos nur ein bescheidener Funke jenes Geistes, der den Menschen über das Tier erhebt. Es fehlt diesen Menschen an der tiefsten Einsicht in das vorliegende Geschehen des privatkapitalistischen Systems wie auch an der Geduld, diesen Sumpf mit überlegender Arbeit tatkräftig urbar zu machen, das Unkraut zu jäten und die Schnittstellen dazwischen der überflüssigen Profitwirtschaft als Baumaterial zu neuen und sicheren Wegen aus dem Holz im eignen Lande wie im eignen Besitze zu verwerten. Der eine starrt nach der Kultur des Ostens, wie gebendel vom täglichen Sonnenaufgang, und der andre blickt — ins Abendrot der sinkenden Sonne im Westen und glaubt aus deren Flamme röhren gleich dem „Räucher Kinnenden Bosen“ auf schöneren Welten schließen zu dürfen. Unterdessen wird aus dem Morgen der Abend und ein Tag um den andern vergeht; das Leben wird feurer, die Arbeitslosigkeit größer, weil das sinnlose Spähen nach fremder Hilfe die eigene Tatkraft aller lähmt.

Hilf dir selbst, so hilfst du Gott! Das ist der tiefere Sinn alles menschlichen Lebens. Ihn gilt es zu erfassen und hineinzugreifen ins volle Menschenleben. Denn wo man's anpackt, da ist es interessant, und bleibt Leben noch im Tod im ewigen Kreislaufe des „Sichs und Werdes“. Das gilt auch für uns Buchdrucker! Schwer lastet die Not der Zeit auf unserm Gewerbe. Auch für uns hat der privatkapitalistische Materialismus die Produktionsmittel ihres von Natur aus gegenbringenden Charakters beraubt und zu Skorpionen für die menschliche Arbeitskraft umgewandelt. Sie heißt es eingreifen: die Produktionsmittel (Schriften, Maschinen, Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe usw.) müssen ihres Herrschaftscharakters über die menschliche Arbeitskraft entkleidet und in deren Dienst gestellt werden. Das kann aber zunächst nur geschehen durch Beschaffung von Aufträgen. Und an letzteren fehlt es in Wirklichkeit nicht; sie müssen nur locker gemacht werden, und zwar überall. Gerade die niedergedrohtene Wirtschaft braucht geistige Belebung, braucht Reklame, braucht Organisation, Sammlung und Anwendung aller verfügbaren Kräfte des deutschen Buchdruckerwesens als dem sachlichen Verkünder aller nur denkbaren Hilfsmittel und Wege, die aus der wirtschaftlichen Lebenslage herauszuführen.

In den in Nr. 116 des „Korr.“ veröffentlichten Anträgen der Gehilfenchaft zur bevorstehenden Tarifberatung finden sich im einleitenden prinzipiellen Teile praktische Vorschläge, die eine Umgruppierung der Produktion,

Lohn- und Preisbedingungen im deutschen Buchdrucker- und Verlagswesen auf gleichberechtigter Grundlage nach vorstehenden Gesichtspunkten bezwecken. Es wird sicher nicht an den Vertretern der Gehilfenchaft liegen, wenn diesen Forderungen bei den kommenden Tarifberatungen nicht in wünschenswertem Maße Rechnung getragen werden sollte. Die Verantwortung, die in diesem Falle der widerstrebende Teil auf sich laden würde, dürfte eine zukünftige Föderalentwicklung des gewerblichen Produktionsprozesses und der gegenseitigen sozialen Beziehungen direkt unmöglich machen und die Gegenseite nur noch verschärfen, statt sie zu mildern oder aufzuheben. Die Gehilfenchaft wird im Zusammenhang mit der übrigen Arbeiterchaft auch diesen Möglichkeiten nicht ta- oder mullos gegenüberstehen. Wie in dieser Hinsicht die Dinge bei den Tarifberatungen laufen, mag also vorläufig dahingestellt bleiben, wesentlich ist für das vorliegende Thema, daß bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung auch ohne Abwarten des Verlaufs der kommenden Tarifberatungen ein Weg vorhanden ist, der zunächst dieses Ziel erreichen läßt. Im dritten Teile der Gehilfenanträge sind unter „Empfehlungen“ ebenfalls entsprechende Richtlinien aufgestellt. Und gerade diese Empfehlungen sind es, die unabhängig von den Tarifberatungen jetzt schon an allen Druckorten mit größerer Arbeitslosigkeit sinngemäße praktische Anwendung finden sollten. In erster Linie handelt es sich darum, daß die Regierungen des Reiches und der Länder sowie wissenschaftliche und gemeinnützige Körperschaften von allen gewerblichen oder beruflichen Instanzen, die auch durch entsprechende örtliche Kommissionen für diese Aufgabe entlastet werden können, ersucht und fortlaufend nachdrücklich beeinflusst werden, alle Druckaufträge von wissenschaftlicher und allgemeiner Bedeutung, die gegenwärtig wegen zu hoher Druckkosten keine Verleger finden, zur Ausführung bringen zu lassen und gegebenenfalls Mittel für diesen Zweck bereitzustellen. In gleicher Richtung bewegen sich zwar auch noch die weiteren Vorschläge zur Tarifberatung von Gehilfenchaft bezüglich einer organisierten Vergebung und Verteilung von beherrschten Druckaufträgen, doch können sie als solche qualitativer Art gegenüber den in erster Linie nötigen quantitativen Bedürfnissen hier lediglich mit einer Registrierung abgehoben werden. Es fehlt also nicht an brauchbaren Wegen, die zu einer Beschaffung von Arbeit für das Buchdrucker- und Verlagswesen führen können. Es handelt sich nur darum, daß diese Wege auch ernsthaft bestritten und zielbewußt verfolgt werden.

Besonders für die graphischen Kartelle eröffnet sich hier ein reiches Arbeitsfeld. In geradezu muster-gültiger Weise hat sich in dieser Richtung schon das Graphische Kartell in Kiel betätigt. Auf dessen Anregung wurde eine besondere Kommission aus Unternehmern und Arbeitervertretern des dortigen graphischen Gewerbes gebildet, die sich die Beschaffung von Arbeit durch Rücksprache mit Behörden, Instituten usw. in erfolgreicher Weise angelegen sein ließ und noch läßt. Die Erfahrungen und Beobachtungen dieser Kommission sind so wertvoll, daß es im Interesse des gesamten Gewerbes liegt, wenn wir deren wichtigsten Teil an dieser Stelle zur Kenntnis der Kollegenschaft bringen.

Die Kommission in Kiel setzt sich aus drei Vertretern der Arbeiterchaft und zwei Unternehmern zusammen. Sie wurde gemeinschaftlich beim Oberbürgermeister, beim Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft (Professor Harms) sowie beim Präsidenten der Handelskammer vor-gestellt; ferner fanden Unterredungen mit dem Rektor der Universität und mit einem Deputierten des Kultusministeriums gelegentlich des Soziologenkongresses in Kiel statt. Bei allen diesbezüglichen Unterredungen wurde zunächst die besondere örtliche Notlage des graphischen Gewerbes durch den Mangel an Arbeit und die große Not der Arbeitslosen geschildert; ferner darauf hingewiesen, daß durch örtliche Veränderungen oder Aufhebungen öffentlicher Ämter oder Staatswerkstätten für das graphische Gewerbe besondere Auftragslücken entstanden sind, daß die Vergebung örtlicher Druckaufträge nach außerhalb große Nachteile für das örtliche graphische Gewerbe zur Folge hat und daß insbesondere die Tendenz zum Sparen an Druckkosten ganz allgemein die Existenz und Kaufkraft eines wesentlichen Teiles der Angehörigen des graphischen Gewerbes mehr und mehr untergräbt. Der Oberbürgermeister erklärte auf diese Vorstellungen, daß er den Bestrebungen der Kommission seine volle Sympathie entgegenbringe, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Geschäftswelt geltend machen wolle, daß auch sie die Druckarbeiten möglichst em-Orte herstellen lasse; für seinen Verwaltungsbereich gab er die Anweisung, die Druckaufträge mit wenig Ausnahmen

den Druckereien Kiels zu überweisen; was zweifellos als ein positives Resultat einzufachnen ist.

In ähnlicher Weise gestaltete sich der Verlauf der Interpellation der Kieler Kommission bei dem Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft, Professor Harms. Auch dieser zeigte für das Bestreben der Kommission großes Verständnis. Er nahm für seinen Bereich in Anspruch, daß die sich daraus ergebenden Druckaufträge Kiels in Kiel hergestellt würden. Ferner erklärte er ebenfalls seine Bereitwilligkeit, seinen ganzen Einfluß bei Behörden und Geschäftsleuten in gleicher Richtung geltend zu machen. Leider liegt ihm aber der Mangel an Mitteln selbst äußerste Beschränkung in der Bestellung von Druckaufträgen, Buchbinderarbeiten usw. auf, obwohl er beispielsweise für zwölf Buchbinder auf ein bis zwei Jahre Beschäftigung hätte und wissenschaftliche Arbeiten für die Drucklegung in solcher Fülle vorhanden wären, daß er die Druckereien reichlich beschäftigen könnte. Leider stehen dies aber die hohen Druckkosten nur in ganz beschränktem Maße zu. Professor Harms bekräftigte des weiteren einen gemeinsamen Aufruf des Gewerkschaftsvereins und des Arbeitgeberbundes in den Tageszeitungen, durch den die Geschäftswelt aufgefordert werde, vor allem sich selbst durch Steigerung der Kaufkraft zu nähern, indem sie ihre Aufträge vorzugsweise durch Kieler Handwerker und Geschäftsleute herstellen lasse. Eine entsprechende Beeinflussung der Ministerien, des Reichstags, sonstiger Behörden oder Instanzen, um die Erlässe bezüglich der Herausgabe von Druckaufträgen, Beschränkung der Universitätsverlage usw. aufzuheben, begründete dieser Herr ebenfalls. Sehr beachtenswert, und zwar nicht nur für Kieler Verhältnisse, war aber auch das Urteil dieses Herrn über die technische und kaufmännische Leistungsfähigkeit der örtlichen Druckereien. Er bezeichnete sie im Vergleich zu Hamburg als nicht ganz auf der Höhe stehend. In S. lände er als Auftraggeber meist ein viel verständigeres Eingehen auf seine Wünsche bezüglich der Schrift- und Druckausstattung. Dies vermisse er bei Kieler Druckereien, die nach seiner Auffassung nur nach alten Rezepten weiterwirkeln.

Der Präsident der Kieler Handelskammer, Andersen, verurteilte es gleichfalls, wenn örtliche Firmen auswärtig arbeiten lassen; selbst ein Preisunterchied von 10 Proz. könne dabei nicht als Entschädigung dienen, da die Steigerung der örtlichen Kaufkraft diese Mehrausgabe wieder ausgleiche. Bezüglich des Submissionswesens vertrat Andersen den Standpunkt, daß nur derjenige den Zuschlag erhalten sollte, der dem Normalpreis am nächsten käme. Vor dieser Instanz wurde ferner der Mißstand erörtert, daß die Reichsregierung in Berlin die Errichtung einer neuen Druckerei für Militär- und Marineformulare beabsichtige, während die Werkdruckerei in Kiel, die während des Krieges bedeutend erweitert worden ist, heute wegen Mangels beherrschter Aufträge den Kieler Buchdruckern noch die örtlichen Aufträge wegnahmte. Der Handelskammerpräsident versprach, in dieser Frage in Berlin persönlich zu interpellieren. Nicht ohne Interesse für weitere Kreise dürfte es auch sein, daß z. B. der Jahresbericht der Handelskammer wegen der hohen Druckkosten (22.000 Mk. gegen nur 2000 Mk. vor dem Krieg) ursprünglich nicht herausgegeben werden sollte. Durch ein Mitglied der Kieler graphischen Werbekommission wurde nun dem Handelskammerpräsidenten der Vorschlag gemacht, den Jahresbericht mit Reklamemerkmalen zu durchschließen, um dadurch die Kosten für den Hauptauftraggeber zu verringern. Der Präsident ging darauf ein, die Druckerei sammelte Aufträge und die Beschäftigungsgelegenheit wurde dadurch gehoben. Ähnliches ergab sich bei einem Werke des Verkehrsvereins. In beiden Fällen war nicht nur dem graphischen Gewerbe gedient, sondern neben den Druckauftraggebern auch einem großen Teile von Geschäftsleuten zweckmäßige Gelegenheiten zur Wahrnehmung ihrer Interessen geboten.

Gleich dem Leiter des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft beklagte aber auch der Präsident der Kieler Handelskammer eine gewisse passive Reizlosigkeit Kieler Buchdruckerbetriebe hinsichtlich der Neueinstellung auf die veränderten Wirtschaftsbedingungen. Er sagte: „Es wäre durch die Marine den Druckereiprinzipalisten bisher sehr leicht gemacht worden. Sie liebten daher noch heute an alten Einrichtungen, Kiel verlangt aber heute eine Neueinstellung der gesamten Wirtschaft. Die Marine wäre nun endgültig tot für uns und wir müßten nun kaufmännisch auftreten, nicht mehr warten, bis uns Aufträge zufließen, sondern diese entgegengehen. Nur so könnten die Kieler Geschäftsleute wieder dahin gelangen, mit sich und dem Gewerbe zufrieden zu sein.“ Diese Charakteristik der rückwärtigen Haltung gewisser Buchdrucker-

beltiger trifft nach unsrer Auffassung nicht nur für Kiel zu. Auch an andern Orten wird in dieser Richtung viel zu sehr alles Heil von den hohen Druckpreisen erwartet, statt selbst eine größere wirtschaftliche Intensität des sogenannten Unternehmensgeistes zu entfalten. Vorstehende Äußerung des Kieler Handelskammerpräsidenten ist um so ernster zu bewerten, als sie von einem Manne stammt, der seine Pappenheimer aus nächster Nähe kennt und die Wahrung der Unternehmerinteressen als erste Aufgabe verfolgt.

Unterfrischen wurden vorstehende Ausführungen des Kieler Handelskammerpräsidenten sodann, wenn auch unbewußt, vom Rektor der Kieler Universität, Geheimrat Sellin, gelegentlich einer Aussprache mit der gleichen Kommission des graphischen Gewerbes über Arbeitsbeschaffung für das Buchdruckgewerbe Kiels. Bezüglich der Vergütung von Universitätsdrucksachen nach Neumünster bestonte er, daß nicht Animosität gegen die Kieler Buchdruckereibesitzer im vorigen Jahre diese Arbeiten nach Neumünster abwandern ließ, sondern die sehr erheblichen Preisunterschiede. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es das Bestreben der Kommission sei, in dieser Richtung zwischen Gelehrten und dem Druckgewerbe ein erträgliches Verhältnis herbeizuführen. Würden die Bestrebungen der Gelehrten, endlich einmal wieder zu größeren Mitteln für die Drucklegung wissenschaftlicher Werke zu gelangen, auch von dem Buchdruckgewerbe unterstützt, so würde ein vereintes Vorgehen wohl Aussicht auf einen gewissen Erfolg haben. Er begrüßte es, daß die Kommission die Absicht habe, das gesamte graphische Gewerbe Deutschlands in dieser Richtung zu einer einheitlichen Aktion aufzufordern.

Nicht minder wertvoll waren die Ergebnisse einer Unterredung der hier in Frage kommenden Kieler graphischen Werbekommission mit einem Vertreter des preußischen Kultusministeriums mit dem Soziologenkongreß. Auch hier ergab sich die Notwendigkeit und die Bedeutung eines Druckes von unten für die Einstellung größerer Summen in den Etat des Kultusministeriums für den Druck wissenschaftlicher Werke. Als besonders erfreulich kann aus dieser Unterredung verzeichnet werden, daß in Berlin ein Hofonds für Werke von Gelehrten und Künstlern in der Bildung begriffen sei, zu dem deutsch-amerikanische Gelehrte und Freunde der Sache schon 100 Mill. Mk. nicht leicht, sondern gedenkweise zur Verfügung gestellt hätten. Als Leiter dieses Fonds wurde Geheimrat Asmis im Ministerium des Innern genannt, der es in der Hand habe, die Bereitstellung von Zuschüssen zur Drucklegung wertvoller wissenschaftlicher Werke zu vermitteln.

Vorstehende Mitteilungen über die Tätigkeit einer Kommission des graphischen Gewerbes in Kiel, die, wie schon erwähnt, auf Anregung des dortigen graphischen Kartells gebildet wurde, entnehmen wir in der Hauptsache einem gedruckten Berichte dieser Kommission, als dessen Verfasser Kollege Birkenbauer in Kiel anzusehen ist. Dieser Bericht enthält zweifellos so wertvolle Anregungen, daß es Pflicht jedes graphischen Kartells wäre, sich eingehend mit dem hier aufgestellten Problem zu befassen und zu ähnlicher praktischer Arbeit zu schreiten. Gewiß wird es nicht an Ansätzen fehlen, die in solchen Bestrebungen eine gewisse Harmonisierung zwischen Arbeitern und Unternehmern erblicken; insbesondere radikale Wortkämpfer werden sich darüber lustig zu machen suchen. Da jedoch durch solche Einwendungen den Arbeitslosen nicht geholfen werden kann, die diese Aufgabe aber trotz aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten so schnell und gründlich wie möglich gelöst werden muß, so dürfte es sich für praktisch denkende Menschen doch empfehlen, durch sofortige Selbsthilfe, wie sie in so vorbildlicher Weise im Schoße des Kieler Buchdruckgewerbes eingeleitet hat, an allen Orten in gleicher Weise in die Kreise der Auftraggeber des graphischen Gewerbes aufklärend einzudringen. Wir sind überzeugt, daß es auch in Prinzipalskreisen nicht an Bedenken gegen dieses Vorhaben fehlen wird. Denn die „Gefahr“ eines tieferen Einblicks in die bisherigen Geschäftsgeheimnisse vieler Firmen rückt dadurch außerordentlich nahe. Das darf uns aber am allerwenigsten abhalten, allenfalls durch geeignete Abstützungsmassnahmen in dieser Richtung neue Wege zu geben. Wollen die Prinzipale dabei mitarbeiten, so sollen sie willkommen; wollen sie das nicht, so muß es auch ohne ihre Mithilfe versucht werden. Es wird sich ja dann zeigen, ob nicht gerade sie selbst es sind, die ihrer eigenen Forderung unter Punkt 3 der Prinzipalsanträge zur kommenden Tarifberatung: „Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe und die volle Aufbarmachung betriebstechnischer Einrichtungen darf in keiner Weise beeinträchtigt werden“, überflüssig hinderlich im Wege stehen. Es wird sich ferner wohl in nicht wenigen Fällen herausstellen, daß weit weniger die Leistung der Gelehrten als jene der Prinzipale für die Auftraggeber hinderlich ist, indem die wirkliche Tendenz des Druckpreistarifs nicht auf die Leistungsfähigkeit der Nachfrager, sondern auf das Maß der Schwachen und Trägen unter den Buchdruckereibesitzern eingeleitet ist, um in entsprechend angewandter Form mit Herrn Günterlich (vgl. Nr. 34 des „Korr.“ von 1919) zu reden. Hier eröffnet sich ein neues Betätigungsfeld, das ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt.

Man täusche sich nicht! Eine größere Aufbarmachung des graphischen Gewerbes für den gesamten Produktionsprozeß und den Warenablaß ist für den ganzen Neuaufbau der gesamten Volkswirtschaft von allergrößter Bedeutung. Geschmacksvolle und zweckmäßige Geschäftsdruksachen haben schon vor dem Krieg auf die Kundenschaft aller Produktions- und Handelszweige den Eindruck besonderer Leistungsfähigkeit gemacht. Diefelbe werbende Kraft liegt auch heute noch in jeder guten Drucksache. Es handelt sich nur darum, an allen maßgebenden Stellen diese Wirkung begrifflicher zu machen und entgegengesetzte Tendenzen oder Anschauungen außerhalb wie innerhalb des graphischen Gewerbes mit kluger Überlegung zu entwaschen. Also, auf an die Arbeit! Jeder Arbeitslose, der durch dieses Werk wieder festen Boden unter die Füße bekommt, stellt einen moralischen wie wirtschaftlichen Gewinn für die gesamte Volkswirtschaft dar. Denn das vielgebrauchte Wort „Nur die Arbeit kann uns retten!“ ist in diesem Sinne kein leerer Wahn, sondern im Hinblick auf das tragische Schicksal aller Arbeitslosen gleichbedeutend mit dem Schöpferwort: Es werde Licht!

Wie helfen wir den Arbeitslosen?

Fast grenzenlose Not unserer Arbeitslosen schreit nach Hilfe. Es geht einfach nicht, daß Sonderkartelle aus dem Arbeitsprozeß ausgeschalteter Volksgenossen dem Hunger und schließlich völliger Verelendung preisgegeben werden. Die bisherige Hilfe durch die völlig unzureichende Unterstützung und einige noch unzureichendere Hilfsarbeiten muß bei der gegenwärtig großen Massenarbeitslosigkeit ganz einfach verlagert werden. Es muß also ein neuer Weg gefunden werden. Dabei haben wir uns vor allen Dingen über die Hauptbestände klar zu werden.

Im ersten Linie steht hier, daß die Arbeitslosen wochenlang, in sehr vielen Fällen monatelang auf der Straße liegen. Dazu tritt erschwerend, daß diejenigen, die jetzt arbeitslos werden, so sehr schwer in ein festes Arbeitsverhältnis gelangen können. Sie kommen fast nur in Ausnahmefällen hinein und müssen, zuletzt in den Betrieben getreten, ihn zuerst wieder verlassen. Es ist also ein begrenzter Kreis, der alle Anlässe der Wirtschaftskrisen zu tragen hat und gerade dadurch zur Verelendung verurteilt ist.

Von dieser Tatsache ausgehend, erhebt sich als Hauptforderung, die Zeit der Arbeitslosigkeit für die einzelnen zu begrenzen und die Lasten der Wirtschaft der Gesamtheit aufzulegen. Das kann nur dadurch geschehen, daß sämtliche Arbeitslose in den Betrieben untergebracht werden und durch reihenweises Aussehen der notwendige Ausgleich geschaffen wird. Technisch wäre das gut möglich. Es hätte jeder Betrieb entsprechend seiner Arbeiterzahl eine bestimmte festgelegte Zahl von Ersatzkräften einzustellen. Sogar, Arbeiter, als der Betrieb neu einstellt, hätten der Reihe nach auszuweichen. Dabei würden die kleinen Betriebe im allgemeinen ausschalten, weil ihre Arbeiter dann zu oft und zu viel ausleihen müßten. Es kämen also die Mittel- und Großbetriebe in Frage. Der mit bestimmten Ziffern festgelegte Verteilungsplan wäre auf dieser Grundlage auszuarbeiten. Das Ergebnis würde sein, daß ein Teil der Arbeiter alle sechs bis dreizehn Wochen eine Woche ausleihen, also arbeitslos sein müßte, während ein Teil (in den Kleinbetrieben) dauernd tätig sein könnte. Ein Ausgleich könnte hier durch Beiträge einzelner und Unterstützung andererseits geschaffen werden. Die Unterstützung wäre auch um deswillen notwendig, weil schon ein Wochenlohnanspruch sich drückend bemerkbar machen würde. Der Satz könnte dadurch erhöht werden, daß in den vollarbeitenden Wochen auch die in den Kreisen der aussehenden gezogenen Arbeiter zu Rücklagen durch Beitragszahlung genötigt werden. Es hätte demnach jeder Arbeiter für jede voll beschäftigte Woche einen bestimmten Beitrag und die von der Auslegung fallen oder gar nicht betroffenen Arbeiter abgestufte Extrabeiträge zu leisten.

Daß das Unternehmertum zur Unterstützung der Arbeitslosen heranzuziehen ist, ist eine alte Forderung und könnte durch Beitragsleistung für jeden Vollarbeiter herbeigeführt werden. Der so gebildete Arbeitslosenfonds wäre paritätisch zu verwalten. Aus ihm wäre den jeweiligen Aussehenden eine Unterstützung bis zu 50 Proz. des Lohnes zu zahlen, d. h. der Unternehmer hätte den entsprechenden Betrag auszusahlen und erhalte ihn durch die Kasse eriebt. Die Zeit von den Unternehmern zu zahlenden 25 Proz. bei Arbeitszeitverkürzungen § 1 (S) wären ebenfalls unter eventueller Erhöhung auf 50 Proz. aus diesem Fonds zu bezahlen. Dadurch würde vermieden werden, daß der wenig beschäftigte Unternehmer Extralasten zu tragen hätte, während der gut beschäftigte doppelt im Vorteile wäre.

Mit dieser Regelung würde selbstverständlich die bisherige Arbeitslosenunterstützung in Fortfall kommen. Staat und Kommune würden eine sicher sehr willkommene finanzielle Entlastung erfahren und jeder Mißbrauch (Einzelfälle gaben bisher unzulässigen Gegnern Material zu allgemeinen Angriffen) ausgeschlossen sein.

Um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu befriedigen, bleiben die auf Grund der neuen Bedingungen eingeschickten Arbeitslosen auch weiterhin auf dem Arbeitsnachweise gemeindet. Sie hätten also, als wären sie wie früher arbeitslos, eine ihnen angebotene Stelle anzunehmen. Jeder Betrieb wäre also in der Lage, bei Bedarf neue Arbeitskräfte zu erhalten. Andererseits könnte er, wenn er gezwungen wäre, über das letztachtete Maß auszuheben zu lassen unter Beachtung bestimmter Maximen durch den Arbeitsnachweis eine Umgruppierung vornehmen lassen.

Der hier dargelegte Vorschlag ist nur eine in großem Umfange gegebene Skizze und bedürfte selbstverständlich gründlicher Durcharbeitung. Das muß berücksichtigt werden, damit eine etwa einleitende Besprechung sich nicht in Einzelheiten verliert. Wesentlich ist der Grundgedanke, daß alle Betriebsangehörigen in den Betrieb gehören und die Lasten der Arbeitslosigkeit von der Allgemeinheit getragen werden. Diese Lösung der Arbeitslosenfrage wäre natürlich für alle Berufe anzustreben und die Gesetzgebung obligatorisch einzuführen. Die daraus sich ergebenden Folgen wären in jeder Hinsicht sicher ein großer Segen. Das im einzelnen auszuführen, ist ebenfalls überflüssig, weil jeder sich das selbst ausmalen vermag. Berlin-Charlottenburg. E. L.

Bedienung von drei Druckmaschinen in Berlin

Im uns vor einer fassen Beurteilung durch die gesamte deutsche Kollegenchaft zu schicken, muß ich gegen die Ausführungen „Arbeitslosigkeit und Abhilfe“ des Kollegen P. W. in Nr. 114 des „Korr.“ Stellung nehmen. Wenn P. W. ein Angehöriger untrer Sparie ist und am Organisationsleben teilnimmt, müßte er doch wissen, daß Kollegen, die drei Maschinen bedienen, tarifwidrig handeln. Sollten ihm wirklich so krasse Verhältnisse gegen den Tarif bekannt sein, so wäre es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, dagegen aufzutreten und die in Frage kommenden Funktionäre dapon in Kenntnis zu setzen, damit den Nachschärfen eines einzelnen nachgiebigen Kollegen sofort ein Niegel vorgehoben wird.

Mit allgemeinen Redensarten befelegt er aber keine Mißstände, und wenn er bewußt Verhältnisse gegen untre tarifliche Ordnung nicht meldet, wird er mißfällig. Wie kommt aber Kollege P. W. dazu, einen einzelnen Fall, denn nur um eine Ausnahme kann es sich handeln, zu verallgemeinern, statt ihn zur Kenntnis der Funktionäre zu bringen?

Aber das Arbeitsfeld des Tarifamts scheint P. W. auch keinen richtigen Begriff zu haben. Wenn er glaubt, durch Einwirkung auf das Tarifamt das Einmalcheninsystem befehert zu erhalten, so ist er gewaltig auf dem Holzwege. Würden wirklich die Prinzipalsvertreter im Tarifamt untrer Forderungen zustimmen, so wäre daselbe zu Verordnungen von so einschneidender Bedeutung leider gar nicht berechtigt, auch dürfte der größte Teil der Unternehmer nicht daran, diesem Spruche zuzustimmen, weil der Proffit geschmälert würde. Wird doch von diesen kurz-sichtigen Herren Joger gegen die zu Recht bestehende Tebrlingsordnung Sturm gelaufen, und lacht man doch mit allen Mitteln von der Bezahlung der 25 Proz. bei verführter Arbeitszeit loszukommen.

Weider sind wir durch den Tarif zur Bedienung zweier Maschinen trotz der nur allzuoft sich ergebenden Schwierigkeiten nicht verpflichtet. Kollege P. W. muß wissen, daß auf allen Tagungen der Maschinenmeistervereine das Einmalcheninsystem eine der wichtigsten Fragen war. Während ein Teil der Unternehmer richtig erkannt hat, daß durch das Einmalcheninsystem die Maschinen am besten ausgenützt werden, findet es der übergroße Teil vorfehast, statt der Maschine den Maschinenmeister bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit auszubenten. Kollege P. W. kann doch gegen die Berliner Druckerkollegen, die auf Grund des Tarifs in vielen Fällen noch zwei Maschinen bedienen, keinen Vorwurf erheben! Wir können doch hier keine Tarifpolitik auf eigene Faust betreiben! Mit der einfachen Umstellung einer zweiten Maschine wäre zur Zeit verdammt wenig zu erreichen.

Im letzten Abhate seiner Ausführungen nimmt Kollege P. W. Stellung gegen Mitarbeiter, die keine praktische Bebrzeit durchgemacht haben. Wenn ich auch selbstverständlich überall dafür einstreite, daß alle technischen Arbeiter nur von Buchdruckern zu erledigen sind, so kann man doch alle Mitarbeiter, die durch besondere Umstände oder durch Fleiß und Energie sich emporgearbeitet haben, nicht aus der Stellung bringen, weil sie keine eigentliche Bebrzeit durchgemacht haben. Wärdt Kollege P. W. auf diesem Wege befehend auf die Arbeitslosenziffer zu wirken? Wer in den Maschinenläden bodenfändig geworden ist, und doch in den meisten Fällen innerhalb untrer Reihen steht, kann von uns unmöglich wieder herausgebracht werden. Wir haben von untrer Kollegen zu verlangen, daß sie nicht durch eigene Willkür und Bequemlichkeit dazu beitragen, daß sich Mißgerichte in untrer Arbeitsfeld drängen, und haben vorkommendenfalls selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. In solchen Fällen heißt es vorbeugen, und nicht, wenn es viel zu spät ist, nachsorgen. Berlin. Adolf Mebe.

□ □ □ Zur Tarifberatung □ □ □

Kundgebungen der deutschen Maschinenleger zu den Tarifberatungen

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Zusammenfren des Tarifausfusses, der ein neues Abkommen zwischen Prinzipalrat und Gewerkschaft zeitigen soll, das den heutigen modernen Anschauungen und der vollständig veränderten Wirtschaftslage entspricht. Zwiessell dies verwirklicht werden wird, darüber werden uns die nächsten Wochen, oder besser Tage, Gewißheit bringen. Können wir, daß die Gewerkschaft vor Entäußerungen bewahrt bleiben, daß die Prinzipalität den in jeder Beziehung gerechten und berechtigten Forderungen der Ge-

Allen Rechnungen fragen möge, zum Wohle nicht nur der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber in unsem Gewerbe.

Das Abkommen, das jetzt durch ein neues ersetzt werden soll, bestand, wenn man die zweieinhalb Monate bis Ende des Jahres einbezieht, neun Jahre, d. h. vier Jahre länger, als es in Wirklichkeit gedacht war. Der ungleiche Wertesprung hat auch hier hemmend und zerlösend eingewirkt. Daß sich in diesen neun langen Jahren viel Ungerechtigkeiten und Härten bemerkbar gemacht haben, die bei 1911 abgeschlossene Tarif in sich barg, werden die meisten Kollegen verurteilt haben. Besonders aber die Kollegen, die durch den Rückgang des damaligen Tarifs von vornherein in Mitleidenschaft gezogen und deren Positionen in den ferneren Jahren des Aufstiegs des Tarifvertrags weiterhin verschlechtert wurden.

Und diese Kategorie in unsem Berufe sind die Maschinenfeger. Das wird und kann von niemandem bestritten werden. Erhalten wollen wir hier an dieser Stelle noch einmal den Beweis für unsre Behauptungen erbringen, wozien den Kollegen die Vorgänge bei den 1911er Tarifverhandlungen und bei den in den letzten Jahren stattgehabten Forderungenbewegungen uns Gedächtnis zurückrufen.

Bis zum Jahre 1911 hatten die Maschinenfeger in den Zeitungsbetrieben eine täglich achttündige Arbeitszeit einschließlich der mindestens einhalbtündigen Pausen. Die tägliche Arbeitszeit in Werkbetrieben betrug 10 1/2 Stunden, davon aber nur acht Stunden Gezeit. Das Minimum war das der Handfeger zugleich 25 Proz. für Zeitungs- und 30 Proz. für Werkmaschinenfeger. Das Berechnen an den Sechsmaschinen war nur in Zeitungsbetrieben und in diesen auch nur für Satz von Tagesstellungen gestaltet. Die Mindestleistung an der Linotype betrug 6000, am Typograph 4200 Buchstaben pro Stunde. Als Grundpreis für 10000 Buchstaben waren bei der Linotype für Fraktur 121 Pf., für Antiqua 132 Pf. angelegt.

Die Tarifrevision 1911 ergab nun folgendes Resultat: Die tägliche Arbeitszeit der Maschinenfeger besteht für Zeitung und Werk in acht Stunden Gezeit und einer halben Stunde Pausenzeit; d. h. es wurde die Arbeitszeit für drei Fünftel aller Maschinenfeger um täglich eine halbe Stunde verlängert. Das Minimum wurde auf 25 Proz. für Zeitungs- und Werkbetriebe reduziert. Das Berechnen wurde auch für Werkbetriebe freigestellt. Die Mindestleistungen an der Linotype erliefen eine Erhöhung auf 6400, am Typograph auf 4500 Buchstaben pro Stunde. Die Grundpreise für 10000 Buchstaben wurden bei der Linotype für Fraktur auf 116 Pf., für Antiqua auf 123 Pf. reduziert, wie sämtliche andre Positionen, als da sind Formate, Fegel, Magazinwechsel usw., eine Herabsetzung um 30 Proz. erliefen.

Sind das nicht geradezu lurchbare Verschlechterungen und was da nicht das Sichausbäumen der Maschinenfeger allzu begreiflich? War es nicht etwas etwas Poltendes, daß sich eine Arbeitergruppe so viel Demütigungen gefallen lassen mußte? Und was da nicht der Widerstand verständig, der sich in den Reihen der Maschinenfeger bemerkbar machte, als man nach Jahren bei den Forderungsbewilligungen auch noch die lächerliche Position betreffend 25 Proz. Maschinenfegeraufschlag zu durchbrechen versuchte und auch durchbrach? Wir glauben, daß alle gerecht urteilenden Kollegen mit den Maschinenfeuern einer Meinung sind, und daß sie es verstehen, wenn die Maschinenfeger nun zur Tarifberatung eindringlich ihre Stimme erheben und fordern, daß endlich einmal auch ihnen wieder Gerechtigkeit zuteil werde.

Und die Maschinenfeger haben gesprochen, haben laut und vernünftig und bestimmt ihre Forderungen erhoben. Aberall in Deutschen Reiche haben sie in überfüllten Versammlungen in letzter Minute zu den auf dem Deutschen Maschinenfegerkongress in Nürnberg aufgestellten Anträgen der Maschinenfeger Stellung genommen und einmütig zum Ausdruck gebracht, daß sie sich voll und ganz hinter dieselben stellten; daß sie von ihren Spezialvertretern, in erster Linie aber von den Gehilfenvertretern, erwarten, daß sie mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Energie für die Anträge der Maschinenfeger eintreten werden. Die Forderungen der Maschinenfeger gipfeln in erster Linie auf Beibehaltung bzw. Wiederherstellung des 25prozentigen Maschinenfegeraufschlags und einer merklichen täglichen Arbeitszeitverkürzung. Begründet werden diese Forderungen mit der intensiven, nervenzerrüttenden und gesundheitsschädlichen Tätigkeit an der Maschine, die eine höhere Bezahlung und eine Arbeitszeitverkürzung dringend erfordert; der lange Aufenthalt in den mit giftigen Bleidämpfen angefüllten Sechsmaschinenräumen werde seine Wirkung auf die Gesundheit des Maschinenfegers nicht verfehlen und durch frühzeitiges Stochern sich bemerkbar machen. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß an der Höherentlohnung wie an der Arbeitszeitverkürzung der Maschinenfeger die Handfeger das größte Interesse haben; denn eine Gleichstellung der Höhe würde eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosigkeit der letzteren im Gefolge haben, ebenso wie durch eine Arbeitszeitverkürzung der Maschinenfeger mehr Arbeitslosigkeit für die Handfeger geschaffen werden könnte. Neben diesen beiden Hauptforderungen laufen Anträge auf Abschaffung resp. Verbot des Berechnens an den Sechsmaschinen und auf Abschaffung der Sonntagarbeit, d. h. Verbot der Herstellung von Montagstellungen an den Sonntagabenden resp. Nächten. Viele forderte die Anträge auf Freisetzung der Nacharbeit und auf Abschaffung der unwürdigen Kontrolle für die Arbeit, für sich selbst sprechend, daß sie keine weiteren Begründungen bedürftig.

Es würde zu weit führen und den Raum des „Korr.“ zu sehr in Anspruch nehmen, wollten wir sämtliche uns

zugegangenen Resolutionen hier veröffentlichen. Deswegen haben wir auch nur den Extrakt der Entschlüsseungen insgesamt wiedergegeben. Nur die Orte wollen wir den Kollegen nicht verschweigen, die die nachvollenden Demonstrationen veranstaltet haben. Es sind dies: München, Augsburg, Nürnberg, Würzburg, Berlin, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Frankfurt a. M., Kassel, Marburg, Offenbach, Hamburg, Hannover, Braunschweig, Göttingen, Sildesheim, Osnabrück, Leipzig, Schwerin, Mannheim, Darmstadt, Mainz, Saarbrücken, Trier, Wiesbaden, Bremen, Bremerhaven, Oldenburg, Rißingen-Wilhelmshaven, Freiburg, Karlsruhe, Offenburg, Stettin, Greifswald, Königsberg i. Pr., Rbin, Bielefeld, Essen, Halle a. d. S., Dessau, Magdeburg, Breslau, Ologau, Gütlich, Strichberg, Kattowiß, Liegnitz, Kiel, Flensburg, Weimar, Alsenburg, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Mühlhausen, Naumburg, Wöthnach, Rudolstadt, Stuttgart, Ulm-Neuulm. Wozu noch zu bemerken ist, daß der größte Teil der hier aufgeführten Orte eine Menge anderer Druckorte in sich schließt, die keine eigene Versammlungen abgehalten haben, sondern auf den Gaus resp. Bezirksveranstaltungen vertreten waren.

Und so mögen denn die Nachungen nicht ungehört verhallen, die an die Gehilfenvertreter wie an die Prinzipale in den weltaus meissen Versammlungen gerichtet sind: Wir Maschinenfeger lehnen es ab, uns wiederum als Kompensationsobjekt bei den Tarifverhandlungen benutzen zu lassen! Wir sind bereit, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln im Rahmen des Verbandes für die Durchföhrung unserer gerechten Forderungen einzutreten, und erwarten hierzu die tatkräftigste Unterstützung aller Verbandskollegen.

Zentralkommission der Maschinenfeger Deutschlands.
Karl Bierath, Vorsitzender.

Dieses und jenes

Wer mit Interesse — und welcher Kollege wird es wohl nicht getan haben! — die letzten Berliner Ereignisse gelesen haben wird, was von den dortigen Zeitungsgewaltshabern den um ihr tägliches Brot ringenden Bureauangestellten zugemutet wurde, denn wird es wahrlich nicht schwer geworden sein, an seinen fünf Fingern abzuzählen, welche harten, kleinbarten Mühen unsere Gehilfenvertreter bei den in den nächsten Tagen einsehenden Tarifverhandlungen zu knachen haben werden, soll uns allen zum nicht mehr fernem „Geste der Liebe“ eine auch nur einigemal zum Zufriedenheit reichende Weihnachtsfreude bereitet werden.

In den langen Jahren voll Not und Kümmernissen und nach den bisherigen „wunderbaren revolutionären Erfolgen“ für die Arbeiter, insbesondere uns Buchdrucker, haben wir ja ohne Ausnahme alle gelernt, recht bescheidenen Menschenkinder zu werden. Sorgeloses Eöhnen und Mägen über die fürchterlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, in die wir von Tag zu Tag — und nun durch die reichsbehördliche Aufhebung der Zwangswirtschaft noch mehr — scheinbar rettungslos, immer tiefer hineintrifft, wozu die allermeisten Prinzipale trotz allem Gewinlen in ihren Organen fast nichts verspüren, ist einem auch bald zuwider.

Genug davon! Wer Gefühl und Augen hat, zu empfinden und zu sehen, wird sich den Wünschen und Forderungen unserer Vertreter nicht verschließen können. Zahlen, Tabellen und Statistiken haben diese genug erbärlet. Sich stützen auf eine treue Gefolgschaft, mögen sie mit gesteihtem Rücken an den grünen Beratungskisch gehen. Was sie an wohlabgewogenem Verhandlungsstoff mitbringen, muß durchgedrückt werden. Und wer von den anwesenden Prinzipalvertretern für das unbedingt Notwendige noch kein Verständnis haben sollte, dem rufe man es so laut in die Ohren, daß auch die außenstehenden Kollegen es hören und vielleicht ein bißchen nachhelfen können.

Gerade über das wenige und doch so notwendige Verständnis der Prinzipale für Lehrlingsordnung und -organisation, worüber in Artikel „Gewerblicher Rundblick“ in Nr. 113 des „Korr.“ so manches erläutert wird, möge ein Beispiel nicht unerwähnt bleiben. Auch hierbei haben wieder Prinzipale des schon überbürdeten Kreises XI (Stettin) des Deutschen Buchdruckervereins sich einiges geleistet. Wie groß war für uns doch im vorigen Jahre die Freude, als wir die fastgeleitlichen Ferien erhielten (und wie groß der Ärger in vielen Fällen auf der andern Seite), wenn schon, wie ich einmal im „Korr.“ schrieb, noch gerade in dieser Beziehung so manches zu wünschen übrig blieb. Nicht weniger freuten wir uns, als auch in diesem Jahr unsern jungen Nachwuchs die Erholung laut Tarifbeschluss zuteil wurde. Bei diesem Beschlusse scheint man aber leider eine Hintertür offen gelassen zu haben (Lehrvertrag geht vor Tarifvertrag), woraus ein „korrekter“ Prinzipal dennoch entkriechen kann, ohne den Buchstaben des tariflichen Beschlusses über Ferienverwahrung für Lehrlinge zu verletzen. Siervon machten zwei Prinzipale von dreien am heiligen Orte Gebrauch. Daß hierzu auch ein Prinzipal gehörte, der sein Blätchen scharf demokratisch redigieren läßt und die Maske der Arbeiterfreundlichkeit so deutlich wie irgend möglich zur Schau trägt, während er nicht einmal seinen Lehrlingen gönnte, die mit Bleistab geschwängerte Fein seines Tempels auf eine Woche zu verlassen und der Erholung zu widmen, will ich nur nebenbei bemerken. (So sieht eine wahre „Demokratensche“ aus!) Leider hatte die Beschwörung unfres Ortsvereinsvorsitzenden beim Bezirksvorsitzenden in Frankfurt a. d. O. aus Gründen, wie schon erwähnt, nicht den gewünschten Erfolg. Dieser ürtliche Zustand wird sicherlich nicht vereinigt im Reiche dauern. Vielleicht wird auch diese Möglichkeit des Ausweichens bei den kommenden Beratungen scharf unter die Lupe genommen.

Rücktr. R. K.

Offene Stelle für Kriegsbeschädigten. Schwerekriegsbeschädigter Feger, der den Posten eines Korrektors versehen kann, wird sofort für eine Druckerel in Frankfurt a. d. O. gesucht. Bewerbungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin, Friedrichstraße 239, zu richten.

Freies Nachtlager für durchziehende Kollegen. Durchziehenden Verbandskollegen wird vom Dresdner Buchdruckerverein in der Herberge „Zur Heimal“, Dresden-N., Glasstraße 33, freies Nachtlager mit Kasse, Mittag- und Abendessen für die zwei Aufenhaltsstage gewährt. — Vom Ortsverein Erfurt wird durchziehenden Mitgliedern freies Nachtlager, Abendessen und Frühstück im Gasthaus „Zum Deutschen Bund“ (Friedrichstraße 29) verabreicht. — Auch in Neudamm erhalten Durchziehende freies Nachtlager, Abendbrot und Morgenkaffee von unserm dortigen Ortsverein.

Ablegung der Meisterprüfung. In Altona bestand Karl Niemannschneider die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut“.

Ernst Kilar †. In seinem Wohnort Kloßsche bei Dresden, wo er als freier Schriftsteller lebte, verstarb kürzlich im Alter von 53 Jahren unser früherer Kollege Ernst Kilar. Als ständiger Mitarbeiter des alten „Süddeutschen Postillons“ bis zu dessen Verschmelzung mit dem „Wahren Jakob“, zu dessen Mitarbeiterlist er ebenfalls bis zu seinem Tode zählte, ist Kilar weissen Arbeiterkreisen bekannt geworden. Viele kannten ihn auch aus seinen zahlreichen Gedichten, die in Buchform erschienen sind. Als tüchtiger Buchdrucker hat Kilar als Handwerksmeister die halbe Welt durchquert und dadurch seine Lebenserfahrung und Menschenkenntnis bereichert. Sein ganzes Können, alle sein Schaffen und sein unermüdetes Streben galt der Befreiung der Arbeiterklasse. Ein ehrendes Gedächtnis ist ihm gesetzt.

Preisermäßigung für Schulbücher. Nach Mitteilungen aus der Buchhändlerpresse ist in letzter Zeit die bisher gültige „Vollstandsordnung“ für die Bücherpreise in wesentlichen Punkten abgeändert worden. Ab 1. November 1920 beträgt der allgemeine Forderungsaufschlag nur 10 Proz.; er fällt aber fort (solern die Bestimmungen des § 17 der Verkehrsordnung bei der Lieferung vom Verleger beachtet sind) bei Volksbüchern und allen übrigen Schulbüchern, bei den Sammlungen „Mus Natur- und Geisteswelt“, „Bücher des Wissens“, „Lehrmeister-Bücherei“, „Reclams Universal-Bibliothek“, „Sammlung Böschers“ und „Wissenschaft und Bildung“, bei Verlegerverkaufpreisen von 100 Mh. und mehr, bei Neuerscheinungen und Neuauflagen (auch Zeitschriften), die auf dem Titelblatt die Jahreszahl 1921 tragen. Den sachlichen und frischen Vereinigungen ist es aber freigestellt, für ihre Betriebsgültige Bezugsgebühren festzusetzen, und wenn diese Gebühren 10 Proz. des Verlegerpreises nicht überschreiten, kann der Böhrenvereinsvorstand diese Bezugsgebühren auf Antrag und nach Prüfung der Verhältnisse schätzen; solcher Schutz wird aber in keinem Falle auf Schulbücher ausgedehnt. Den Kreis- und Ortsvereinen bleibt es außerdem vorbehalten, für Zeitschriften noch besondere Bestellgebühren mit Verbindlichkeit für die Buchhändler ihres Bezirkes in ihre Verkaufsbestimmungen aufzunehmen. Für die Belieferung von Bibliotheken mit einem Vermehrungssatz von über 10000 Mh. gelten Forderungsaufschlag und Bezugsgebühren zusammen nur in Höhe von 10 Proz. geschätzt. Der Vorstand des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine im deutschen Buchhandel beschloß, von den Verlegern die freiwillige Erklärung zu fordern, daß sie bei direkter Belieferung des Publikums die gleichen Bezugsgebühren erheben, die der Böhrenverein unter vorstehenden Bestimmungen genehmigt und geschätzt hat.

Lohnbewegung der Angestellten und Markthelfer im Groß-Berliner Buchhandel. In einer die Lohnbewegung abschließenden überfüllten Versammlung am 15. Oktober wurde ein zusammenfassender Bericht über den Verlauf der Gesamtbewegung gegeben. Danach lebten die Arbeitgeber anfänglich in allen Verhandlungen Lohn-erhöhungen ab und zeigten sich zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Durch Abstimmung in den Betrieben wurde in Anbetracht dieser Situation über einen Streik abgestimmt. Es ergab sich für diesen eine reichliche Dreiviertelmehrheit. Um jedoch alle friedlichen Mittel zu erschöpfen, war der Schlichtungsausschuss angereuert worden. Dieser tagte am 15. Oktober und verhandelte einen Schiedspruch dahingehend, daß durchschnittliche Erhöhungen der Gehälter von 12 1/2 bis 20 Proz. mit einer Geltungsdauer bis 31. März 1921 stattfinden. Die Arbeitgeber erklärten sich zur Annahme dieses Schiedspruchs bereit. Zweifellos hat die Bewegung im Zeitungsgewerbe auf die Arbeitgeber eingewirkt. Für die Markthelfer kam von dem Schlichtungsausschuss ein Vergleich zustande, der den Jugendlichen bis 20 Jahren eine Notstandsbeihilfe von 210 Mh., den über 20 Jahre alten Arbeitern a) ledig 390 Mh., b) verheiratet 450 Mh., weibliche 10 Proz. weniger zurprich. Ferner wurde eine Beihilfe für jedes Kind unter 14 Jahren bis zur Höchstzahl von drei Kindern von 5 Mh. wöchentlich gewährt. Die Auszahlung der Summen erfolgt in zwei Raten, und zwar am 22. Oktober und 10. Dezember d. J. Nach längerer Diskussion wurde von den Angestellten und Markthelfern die Annahme des Schiedspruchs bzw. Vergleichs beschlossen.

Bestätigte Zeitungsentscheidungen. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat Subventionsabmachungen zwischen dem Pressescheß der ungarischen Gesandtschaft in Wien und dem

früheren Direktor Armand Erdös von dem Konzern der sogenannten Ehemüllfabriker (der Papierfabrik Ehemühle Gebrüder) vertrieben. Eine im Wortlaute wiedergegebene Erklärung des Erdös bezieht sich auf die „in Wiener und Berliner Blättern zu entfallende journalistische Tätigkeit“. Es handelt sich dabei um die Verletzung der Interessen der ungarischen Reparationspolitik, wie sie von der deutsch-nationalen Presse für die ungarische Reaktion getrieben wird. Was wird wohl alles im Hintergrunde der Zeitungshoheime zugunsten der politischen und wirtschaftlichen Reaktion geschmiedet werden, und wie hoch mögen die zu allem fähigen Federn im Kurse stehen! Es ist das wahrhaftig kein Ehrenkapitel für die bürgerliche Presse.

Schieberprozeß wegen falschen Brot- und Zuckermarken. Vor dem Bielefelder Landgerichte standen vor kurzem etwa 20 Bäckermeister aus Herford und Bielefeld unter der Anklage, sich durch falsche Brot- und Zuckermarken, die durch den Herforder Buchdruckereibesitzer Duncker in Umlauf gesetzt worden waren, einen strafbaren Vermögensvorteil verschafft zu haben. Die Meister vom Badstrasse spielen vor Gericht die Harmlosen, die keine Ahnung von der Herkunft der falschen Marken haben wollten. Aber der Staatsanwalt nannte das Gebahren der Angeklagten gemeingefährlich. Er beantragte Geldstrafen von je 6000 bis 300 Mk. Das Gericht hielt Betrag nicht für festgesetzt, da die Schädigung einer Person nicht nachweisbar sei, nahm dagegen teils Vergehen gegen die Reichsgetreideordnung, teils gegen die Zuckerordnung an und ließ einen Teil der Angeklagten der Preisfreiheit und des Markenhandels überführt. Das Gericht erkannte auf Geldstrafen von je 2000 bis 100 Mk. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein städtischer Einfuhrzoll auf Pappe. Die Stadt Mailand ist in böser Finanzstimmung. Sie hat deshalb auf verschiedene Waren städtische Einfuhrzölle gelegt. Pappe, Pappe und Papierwaren (ausgenommen Zeitungen und Drucksachen ohne Reklamacharakter) müssen mit 20 Lire pro Doppelpolster städtisch verzollt werden. Es stehen dadurch im Jahr etwa 450000 Lire in den Stadtsäckeln. Das alle Diktio soll also wieder aufleben — eine Ernungsschickel ist das sicher nicht.

Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In einer am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Bundesauschusses wurden die Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongress nach Industriegruppen gewählt. Für das Graphische Gewerbe, die Papierindustrie und künstlerische Berufe wurde

unser Verbandsvorsitzender Seif gewählt und Kauselien vom Buchbinderverband als dessen Stellvertreter. Eine lebhafte Aussprache ergab sich über die Frage von Ertragsbeiträgen für den Bundesvorstand. Der Bundesvorstand beantragte für das Jahr 1920 einen Ertragsbeitrag von 20 Pf. für jedes Mitglied der angeschlossenen Gewerkschaften und für das nächste Jahr einen solchen von 30 Pf. Bundeskassierer Kube begründete den Antrag mit der allgemeinen Teuerung und mit der Steigerung der Aufgabengebiete, die dem Bundesvorstand zugewiesen worden sind. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter erkannten einmütig die Notwendigkeit an, daß die Einnahmen des Bundesvorstandes vergrößert werden müßten und daß die Angelegenheiten des Bundesvorstandes in ihrer jetzigen geringen Zahl und bei der Beschränktheit der ihnen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unmöglich ihre Aufgaben bewältigen können. Beschlossen wurde, auf die Rückzahlung der Beiträge zu verzichten, die die Verbände zur Unterfüllung der notleidenden Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland vorerlaubt haben, wodurch sich die Zahlung der Ertragsbeiträge für das laufende Jahr erübrigt. Für das Jahr 1921 wurde der vom Bundesvorstand beantragte Ertragsbeitrag bewilligt.

Rein Reichsstarke in der Tüten- und Seifefabrikation. In diesem Zweige der Papierverarbeitung war der Fabrikantenverband im Juni grundsätzlich bereit zum Abschluß eines Reichsstarke mit dem Buchbinderverband. Jetzt hat er diesem mitgeteilt, der Reichsstarke erscheine doch unausführbar, die Tariffrage soll örtlicher Regelung überlassen werden. Damit hat sich diese Unternehmerorganisation auf ihren im vorigen Jahr eingenommenen Standpunkt zurückgezogen. Es geht ja, wie das nahe Beispiel im BSB zeigt, auch in anderen Unternehmerkreisen oftmals nach der Kreis- und Quermethode. Die Tüten- und Seifefabrikanten denken eben bei örtlichen Abschlüssen besser zu fahren, was auch in Gewerkschaftskreisen und selbst bei uns von einem Teile Stauben laud, bis eines Tages dieser verkehrte Glaube wieder abgeworfen wird.

Rückgang der Arbeitslosen. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterfüllten Erwerbslosen nach den amtlichen Feststellungen in der Zeit vom 15. September bis zum 1. Oktober wiederum etwas zurückgegangen. Während sie am 15. September nach den endgültigen Feststellungen 405879 betrug, betrug sie am 1. Oktober auf 394371, also ein Rückgang um 11508, und zwar 4906 Männer und 6602 Frauen.

Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger unterfüllt werden, hat sich von 375701 auf 365247, also um 10593, vermindert. Der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung, der in der ersten Hälfte des Monats September für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 46,5 Millionen betragen hatte, vermindert sich in der zweiten Hälfte des September auf 45,5 Millionen.

Stand der Arbeitslosigkeit in der ersten Septemberhälfte. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. September 1920 305898, der weiblichen Erwerbslosen 97483, also insgesamt 403381, gegenüber 414716 am 1. September und 411615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373999 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterfüllt werden. Ihre Zahl betrug am 1. September 386935. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stande vom 1. August d. J.

Preissteigerung für Messing. Die organisierten Messingwerke haben auf Messingblech 200 Mk., auf Messingstäbe 150 Mk. pro Kilo draufgeschlagen, so daß im ersten Falle der Preis jetzt 2450 Mk. und im zweiten 1450 Mk. ist. Ob das in dem Umfange notwendig war, ist wohl noch eine andre Frage.

Aufhebung der Leimbewirtschaftung. Vom 1. Oktober ab trat auch hier die freie Wirtschaft ein. Sie kann es nicht schlimmer treiben als die behördliche, die den Leimgang außerordentlich verteuert hat.

Die Kinofeste. Berlin besah am 1. Januar 1920 an Sitos 264, die 117000 Plätze aufweisen. In Theatern bestanden 34, die aber nur 44000 Plätze bieten.

Anwendung der steigenden Lohnskala. In der italienischen Papierindustrie ist im Frühjahr ein Tarifvertrag auf der Grundlage der steigenden Lohnskala zustande gekommen. Wenn Veränderungen von durchschnittlich 10 Proz. im Vierteljahr eintreten, wird das variable Viertel des Lohnes (drei Viertel gelten als Grundlohn) erhöht oder gesenkt. Für das letzte Vierteljahr 1920 ist es um 11 Proz. erhöht worden, da in dem vorausgegangenem eine entsprechende Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten war.

Verschiedene Eingänge

Arbeits für Buchgewerbe und Graphik. (Berichtigung.) Der Bezugspreis dieser empfehlenswerten Fachschrift ist in Nr. 11 an dieser Stelle irrtümlicherweise noch mit dem früheren Betrag angegeben worden. Wir bitten daher, davon Kenntnis zu nehmen, daß das „Arbeits für Buchgewerbe und Graphik“ jetzt jährlich in sechs Doppelheften erscheint, die im Jahresbezug 80 Mk. kosten, während das einzelne Doppelheft für 15 Mk. zu beziehen ist.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. Juni 1920

Einnahmen	Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Januar, Februar, März 1920		Ausgaben			
	fl.	sch.	fl.	sch.		
Mk Saldovortrag vom 31. März 1920	13043039	07	Per Unterfüllungen in den Gauen im 1. Quartal 1920, Verwaltung usw.	1868326	69	
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1920, Zinsen usw.	1858647	38	„ Saldovortrag für 1. Juli 1920	13235359	76	
	Summa	14901686	45	Summa	14901686	45

Der Saldo von 13235359,76 Mk. setzt sich zusammen aus 11416268,19 Mk. in Wertpapieren, deren Ankaufswert 11333863,44 Mk. beträgt, 1517330,53 Mk. in bar, 141760,99 Mk. Vorkauf in den Gauen und 160000 Mk. Vorkauf des „Korrespondent“.

Berlin, den 16. September 1920.

Vorsteher der Kassenabteilung wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßigen geführten Geschäftsbüchern in Abereinstimmung gefunden.

Berlin, den 5. Oktober 1920.

Vorsteher der Kassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand von 2288636,37 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 3. Oktober 1920.

Ernst Henninger, Bücherrevisor.

Die Revisionskommission:

Eugen Segus, Ernst Gerlach, Paul Grumbach.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im ersten Quartal 1920

1. Die Unterfüllung laut § 25 der Beschlüsse erließen: im Gau Bayern 4055, Berlin 20, Erzgebirge-Bohland 1, Frankfurt-Sessen 1, Hamburg-Altona 1, Hannover 37, Mittelrhein 13, Nordwest 13, Oberrhein 67, Oder 218, Polen 114, Rheinland 603, Schlesien 67, Thüringen 715; zusammen 5925 Mitglieder.

2. Umzugskosten. Eine Beihilfe zu den Kosten ihres Umzugs erließen im Gau Bayern 7, Berlin 7, Dresden 6, Erzgebirge-Bohland 1, Frankfurt-Sessen 1, Hamburg-Altona 2, Hannover 8, Leipzig 2, Mecklenburg-Niibeck 2, Mittelrhein 3, Oberrhein 2, Oder 7, Polen 3, Rheinland-Westfalen 15, Ost der Saale 6, Schlesien 9, Schleswig-Holstein 2, Thüringen 4, Danzig 1, Württemberg 5; zusammen 93 Mitglieder.

3. Ordnungsstrafen. Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Franken) wurden im Gau Berlin 8, Hannover 3, Polen 1, Schlesien 1, Thüringen 1, insgesamt 14 Mitglieder mit Ordnungsstrafen belegt.

4. Rechtschutz erhielt je ein Mitglied im Gau Berlin und im Gau Hamburg-Altona bewilligt.

5. Invalidentenunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 6. Oktober 1913 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invalidenten) anerkannt und denselben die Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 29jährige Drucker Karl Rosenhammer aus München (Fehlens des rechten Daumens und Zeigefingers), 2. der 72jährige Seher Ernst Maximus aus Ingolstadt (Verlust des rechten Armes), 3. der 67jährige Seher Ernst Straub aus Augsburg (Arteriosklerose), 4. der 70jährige Drucker Georg Stöckel aus Vöcklabruck (Lungen tuberkulose), 5. der 39jährige Seher Klemens Mayer aus Verflohen (chronische Bronchitis); im Gau Berlin: 6. der 62jährige Drucker Adolf Köhler aus Berlin (Gefäßverkalkung),

7. der 52jährige Seher Ernst Schönberg aus Frankenhäusen (Rückenmarkschwindel), 8. der 55jährige Stereotypist Otto Sabrowsky aus Berlin (Kontraktion der Lendenwirbel), 9. der 69jährige Seher Karl F. Albert Schmidt aus Potsdam (Nervenleiden), 10. der 49jährige Drucker Hugo Steiner aus Berlin (Herzschwäche), 11. der 75jährige Seher Anton Swieckel aus Bromberg (Altkoma), 12. der 43jährige Stereotypist Rudolf Ohnelorge aus Berlin (Oberextremalmpaktion), 13. der 50jährige Seher Max Rüche aus Berlin (Lungenphthisis und Asthma), 14. der 67jährige Seher Franz Walber aus Leipzig (Gefäßverhärtung und unregelmäßige Herzrhythmen); im Gau Dresden: 15. der 73jährige Seher Robert Dörner aus Dippoldiswalde (Mittelschwäche, Schwindelanfälle und Blutarmut); im Gau Erzgebirge-Bohland: 16. der 66jährige Seher Hermann Selter aus Mittweida (Herzvergrößerung, chronischen Gelenkrheumatismus und doppelseitigen Keilfraktur); im Gau Frankfurt-Sessen: 17. der 46jährige Seher Bernhard Holland aus Frankfurt a. M. (Lungen tuberkulose), 18. der 64jährige Seher Jakob Salran aus Schwanheim a. M. (Nebenleiden); im Gau Hannover: 19. der 61jährige Seher August Hausmann aus Hildesheim (Belingschwindel), 20. der 39jährige Seher Johann Kroy aus Bremen (Epilepsie); im Gau Leipzig: 21. der 62jährige Drucker Paul Schmitz aus Leipzig-Witzsch (Rheumatismus und Herzschwäche); im Gau Mittelrhein: 22. der 71jährige Seher Peter Bröder aus Arzbelegen (Herzmuskelchwäche und Klappenfehler), 23. der 53jährige Seher Georg Frey aus Speckbach (Nebhaut- und Aderhautentzündung beider Augen), 24. der 61jährige Drucker Johannes Göbeler aus Orela (Perituberkulose), 25. der 65jährige Seher Johann Frank aus Ailbershäuten (cerebrale Neurasthenie), 26. der 60jährige Korrektor Joseph Weismann aus Pingenfeld (Herzleiden), 27. der 49jährige Seher Jean Fild aus Wech bei Remich (Lungen tuberkulose), 28. der 45jährige Seher Wilhelm Wilsen aus Godesberg (Lungen tuberkulose); im Gau Oberrhein:

29. der 69jährige Korrektor August Knapp aus Lahr (Arteriosklerose), 30. der 56jährige Drucker Friedrich Schöfale aus Rimbelt (komplexer rechter Vorderarmbruch mit Funktionsstörung der rechten Hand); im Gau Rheinland-Westfalen: 31. der 57jährige Seher Georg Neuser aus Manen (Herzfehler), 32. der 61jährige Seher Gerhard Mauritz aus Krefeld (Nervenleiden), 33. der 49jährige Seher Jean Kohns aus Neumbold (Tschias); im Gau Ost der Saale: 34. der 69jährige Seher Richard Kühne aus Halberstadt (Lungen tuberkulose), 35. der 57jährige Seher Max Amberg aus Magdeburg (epileptische Krämpfe), 36. der 51jährige Korrektor Artur Wehlar aus Berlin (Tuberkulose, Beinamputation); im Gau Schlesien: 37. der 33jährige Drucker Artur Reimann aus Blumenau (Lungen tuberkulose), 38. der 57jährige Seher Paul Toppich aus Stolp i. P. (hochgradige Neurosen); im Gau Thüringen: 39. der 50jährige Seher Karl Reichelt aus Froberg i. Sa. (Erblindung), 40. der 57jährige Seher Friedrich Rolsch aus Weimar (Nervosität und Herzschwäche); im Gau Württemberg: 41. der 43jährige Seher Meinrad Fröhlich aus Emmertingen (Amebentuberkulose), 42. der 53jährige Seher Johann Schmitz aus Seinhofen (Arteriosklerose), 43. der 58jährige Seher Wilhelm Sulzberger aus Neckarweilheim (chronisches Bronchialasthma), 44. der 30jährige Seher Kurt Böhm aus Illtau (Lungenleiden).

Invalidentenstand: Übernommen vom 4. Quartal 1919: 1079, neu hinzugekommen 44, wieder in Bezug getreten 4, aufsummiert 1127; hiervon Abgang 45 (gestorben 42, außer Bezug getreten 3), bleibt Invalidentenstand 1082.

6. Verwaltung. Verhandelt wurden je vier Rundschreiben an die Gauverbände bzw. an die Gau- und Bezirksverbände.

7. Geschäftsverkehr in den Monaten Januar bis März 1920: 215 eingegangen und 1211 abgegangene Postsendungen.